Nr. 35.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6459.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

8. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 6, Nr. 1106.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 11. Februar 1891. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Quittung.

Im Monat Januar gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

Pankow 10,—. 6. Berliner Wahlkreis, Rosenthaler Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen 80,70. 6. Berliner Wahlkreis: Oranienburger Vorstadt 113,40. Wahlkreis Lennep-Mettmann 86,50. 5. Berliner Wahlkreis 50,—. C. F. —,20. Freiberg i. S. 3,—. Winsen a. L. 12,80. Arbeiter der Simon'schen Schuhfabrik, Hamburg 38,35. Sphinx 1200,—. Wetzlar-Gleiberg 6,95. Eupen 20,—. Burg b. Magdeburg 50,—. Frankenhausen i. Th. 12,—. Reval (Rußland) 14,25. A. Z., Breslau 10,—. Berliner Genossen 7814,15. M. L. 843,40. J. L. 2253,25. Genossen Leipzig-Neustadt 47,—. G. Sch., Berlin, 6,50. A.'s Rentensteuer 1020,—. Hannover 300,—. 15. sächs. Wahlkreis 25,—. Von einer amerik. Auktion bei Lips, Berlin, 25,50. Neubrandenburg 10,—. Aschersleben Literaturvertrieb d. R. G. u. K. G. 30,05. Nürnberg 300,—. „Prozeß" Berlin 40.— Bernburg 20,—. Wahlkreis Offenbach-Dieburg 25,—. Wandsbeck 20,—. Berlin 6. Wahlkreis, „Musik", 52,80. Ueberschuß einer Verloosung v. Lassalle's Bild 2,10. Berlin 4,85. Verloosung e. Lassalle-Büste, Berlin, 4,60. Liste 581, Berlin, 5,20. Liste 582, Berlin, 12,—. Rothe Teufel, Berlin, 11,35. B. B. Rest 9097,—. D. Z., Berlin, 411,—. Neudamm 1,50. Elberfeld 500,—. In der Expedition des „Vorwärts" aus Berlin abgeliefert 18,10. Kellinghusen 25,—. Trebbin 2,—. Trebbin 8,—. Christbaum-Verloosung auf der „Zeche" bei Hohenstein-Ernstthal 12,95. H. v. B., Brebes auf Java 47,50. Augsburg 6,—. 4. Wahlkreis Berlin 113,15. Im 4. Wahlkreis Berlin, gesammelt durch Grd. 100,—. Sylvesterfeier durch Z. Berlin 3,50. P. Ser., Rixdorf 1,—. Vant 200,—. Neu Isenburg 15,—. Die vier Alten, Berlin 27,75. Rabenau 3,—. Dresden L. 8,—. Auktionserlös für einen Maskenanzug Berlin 5,—. Für einen Wandkalender von den lustigen Sängern aus der Blumenstraße, Berlin 6,—. Durch L. O., Skalitzerstr., Berlin 4,—. Ueberschuß der Delegirten-Wahl im dritten Wahlkreis Berlin 868,90. Freiwillige Beiträge, III. W. Berlin 100,—. Auktion amerikanischer Zeitungen d. Klempner Askan. Platz, Berlin 3,10. Staßfurt 25,—. Mühlheim a. Rh. 25,—. Gera 50,—. Kamenz 10,—. Cl. E. Berlin 25,—. Wurzen 10,—. Bremen 150,—. 1. Wahlkreis Berlin 1000,—. 12. und 13. sächsischer Wahlkreis Leipzig Stadt und Land 1000,—. 4. Berliner Wahlkreis SO 77,60. Ueberschuß von einem Unfall durch Liste 579: 3,40. VI. Berliner Wahlkreis, Oranienburger Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen, 168,70. W. Berlin 1,50. Zittau, alte Garde d. C. N. 20,—. Reichstags-Wahlkreis Altenburg 50,—. S. B. 50,—. B. B. 150,—.

Durch Palm-Berlin für die Weber im Eulengebirge 4,70.

Für November nachzutragen: Aachen 7,—.

Berlin, den 10. Februar 1891.

Für den Parteivorstand.
A. Bebel, Groß-Görschenstraße 22a.

Belgisches.

Es war zur Blüthezeit der liberalen Aera in Belgien. Der fischblütigste aller Bourgeoispolitiker, Herr Frère-Orban, war Finanzminister. Die Frage der Einschränkung der Kinder- und Frauenarbeit in den Steinkohlengruben wurde in der Kammer erörtert. Frère-Orban erhob sich und erklärte: „Diese Beschränkung ist eine Form der Knechtschaft und nichts anderes. Wenn diese Reglementirung der Arbeit unbeschränkt ist, so ist das Sklaverei; wenn sie nur theilweise besteht, so ist das Unfreiheit und Dienstbarkeit. Wenn diese Reglementirung dahin kommt, daß sie der Freiheit der Menschen nur mehr ein wenig Raum giebt, so ist das Korporations-, Zunft-, Meisterwesen, und bis jetzt hatte ich geglaubt, daß es ein ungeheurer Fortschritt für die Menschheit gewesen, sich allmälig von Sklaverei, Hörigkeit und Dienstbarkeit, Innungs-, Zunft- und Meisterwesen befreit zu haben, um endlich bei der vollständigen Befreiung des Menschen anzukommen, indem sie die Freiheit der Arbeit proklamirt. Die Freiheit der Arbeit ist das geheiligteste, unverjährbarste Eigenthum."

Das ist der Fünftelsaft der großbürgerlichen Politik, die ohne Scham und Scheu die brutale Ausbeutung als das Leitmotiv, das A und O der kapitalistischen Moral erklärt und sich mit Händen und Füßen gegen den Schutz der arbeitenden Klasse sträubt.

Erschien bei dem Frère-Orban und seinesgleichen, bei den Liberalen die Ausnützung des Proletariats unter der heuchlerischen Maske: Freiheit der Arbeit, so verkirchlichte der Ultramontanismus, welcher die Erbschaft der Liberalen antrat, die Form der Exploitation. Die Pfaffen übertönten den Wehruf der abgeplackten, verzweifelten Arbeiter mit Glockenklang und Bittgesang, sie suchten die stickige Atmosphäre des Elends durch den Weihrauchsduft zu übertäuben, und während ihre Klienten den Arbeitern das Fell über die Ohren zogen, verwiesen sie die Schäflein auf die Freuden des Jenseits.

Die Theoretiker des belgischen Klerikalismus spielten unter einer Decke mit den Bourgeois, denen sie eine patriarchalische Methode der Plünderung zurechtmachten. Das Patronat ist eine spezifische Erfindung der romanischen Pfaffen, seitdem von den Moufang und anderen Zentrumsgelehrten auch bei uns angepriesen. Das Patronat, das ist die kindliche Unterordnung der Proletarier unter den väterlichen Ausbeuter, dem sie mit christlicher Schafsgeduld frohnden sollen und der sie züchtigt, weil er sie liebt. Und augenverdrehend lispelt Professor Périn, der Chef dieser katholischen Schriftsteller: „Ohne den Geist der Entsagung wäre das Patronat für die Unternehmer nur ein Mittel, die Arbeiter schneller und vollständiger zu unterjochen. Allerdings stößt man heutzutage unter den Gewohnheiten des Industrialismus auf Anzeichen, welche zu der Behauptung berechtigen, daß diese Gefahr kein bloßes Hirngespinnst sei." Als ob die Périn nicht genau wüßten, daß die „Entsagung" der Patrone darin besteht, auf jede Entsagung zu verzichten, die nicht von den Lohnarbeitern getragen wird!

Wenn der Liberalismus die Kautschukphrase der Freiheit handhabte, um sich desto ungestörter bereichern zu können, klerikalisirten die belgischen Ultramontanen den Ausbeutungsprozeß. Sangen jene: „Freiheit die ich meine", so wandelten diese die Opferung der Arbeiterklasse auf dem Altare des Mammon in ein liturgisches Drama um, der Nutzeffekt aber blieb für beide derselbe.

Mit einem Worte, es geschah nichts, rein gar nichts für die Arbeiter. Die Arbeiter mußten allgemach zu der Einsicht kommen, daß nur sie selbst ihr Loos zu verbessern vermochten, daß weder der liberale Pferdefuß, noch der klerikale Weihwedel ihnen helfen würden, daß eine Wendung zur Reform nur durch sie herbeigeführt werden könnte.

So erwuchs eine Arbeiterbewegung, deren Erfolge, deren Wirksamkeit, deren reißend schnelle Entwicklung gut genug bekannt sind. Daß diese Bewegung in den wirthschaftlichen Zuständen wurzelte, daß sie ein Ergebniß der sozialen Entwicklung ist, das ist eine Binsenwahrheit, über welche von ernsthaften Leuten nicht mehr gestritten wird. Die Resultate der großen belgischen Arbeiter-Enquête, zu welcher sich die Bourgeoisie vor einigen Jahren bequemen mußte, zeigte, wie grauenhaft es mit den wirklich produktiven Schichten des Volkes bestellt war.

Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß in Belgien, wo ein schmähliches Zensuswahlrecht die große Masse an einer Bethätigung ihrer politischen Gesinnung hindert, wie sie mittelst des Stimmzettels vor sich geht, das gleiche geheime allgemeine Wahlrecht im Vordergrund des politischen Kampfes steht. Die kleinbürgerliche Demokratie, die mit Hilfe der Arbeiter ihre Ziele zu erreichen sucht, ein Beginnen, das scheitern muß, weil zwar dieses Kleinbürgerthum die Zersetzung der Bourgeoisie fördert, in diesem Prozeß aber selbst zu Grunde geht, die kleinbürgerliche Demokratie stellt dieselben Forderungen, wie der belgische Sozialismus. Die liberalen Doktrinäre, das heißt die Großbourgeois feilschen und schachern. Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist, so fühlen sie, so sehen sie, eine wuchtigste Waffe für die Arbeiter; so suchen sie mit allerlei Latwergen dem kranken Zensus-Wahlrecht auf die Beine zu helfen und thun dabei nichts, als sich und ihre Sache noch mehr zu prostituiren als bisher.

Die Einmüthigkeit der Klerikalen und dieser Liberalen, wenn es sich um Verweigerung volksthümlicher Forderungen handelt, ist sinnenfällig. Bezeichnend für die

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [35

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Sie las dies und das, unter Anderem Ibsens „Komödie der Liebe". Das war ein sonderbares Buch. Falk und Swanhild, die einander mochten und von denen jeder seines Weges ging, ohne auch nur einen Versuch zu wagen, waren fürchterlich großartig. So sollten die Menschen sein! — Swanhild war geradezu wunderbar. Und dann so prachtvolle Verse! Sie verliebte sich in Swanhild und ihre Verse, so daß sie um deretwillen doch bereute, das Theater aufgegeben zu haben. Swanhild wurde zuletzt Fanny selbst. „In meiner Mutter Hause war ich heimlos ... und heimlos war ich in dem eig'nen Innern ..." O Gott, wie wahr! Und dann die Schlußworte —: „Es fällt das Laub; nun mag die Welt mich haben" ...

Guldstad war der Zolleinnehmer, und Falk, er kam wohl eines Tages; —

„... zum erstenmal auf Erden
„Fand ich mein Ich in eines Andern Wort ...
„Bald schlugest Du durch Mildheit mich in Bande,
„Bald stieß mich ab Dein Geist so scharf und kalt,
„Wie Meerfluth, angelockt von hellem Strande,
„Vor starrer Felsenbrust zurücke prallt" .....

Es endete natürlich damit, daß sie ihn aufgeben mußte; dann wollte sie sich trösten wie Swanhild —:

„Nun hab' ich Dich verloren für dies Leben,
„Gewonnen aber für die Ewigkeit."

Die Verse waren so schön, daß sie über dieselben weinte; die festen Rythmen gingen ihr wie ein Pulsschlag durch die Seele und der Reimworte siegreicher Klang machte sie froh. Sie begann selbst Verse zu schreiben. Wenn sie sich nun in das Nesterlager schlich, war es nicht um zu beten, sondern um zu dichten. Sie schrieb über unglückliche Liebe, so daß das Papier, welches sie beschrieb, thränendurchnäßt ward. Sie sang von der bleichen Rose, welche einsam verwelkte, weil niemand sie fand und sich an den Busen steckte; vom jungen Ritterfräulein, das von seinem Pagen betrogen wurde und ins Wasser ging; vom kleinen Vögelein, das einsam auf dem Zweige der Birke über dem stillen Bache saß und vor unglücklicher Liebe starb.

Von Grethe borgte sie Ibsen's Gedichte; diese lernte sie auswendig. Besonders liebte sie die ganz kleinen, die nichts anderes waren, als ein Schimmer, ein Klang, ein Bild; das Mädchen in der Galerie, die ihr Lebelang saß und Murillo kopierte, wurde ihr ein Ideal:

„Es sagt mir's der schimmernde
„Feuchtblick, der weiche,
„Sie baut sich flimmernde
„Traumschönheitsreiche."

Es begann ihr aufzudämmern, daß sie selbst Malerin werden sollte. Unglücklich würde sie ja doch jedenfalls; da war es gerade etwas für sie, mit schimmernden Augen da zu sitzen und ihr ganzes Lebelang flimmernde Traumschönheits-Reiche zu bauen. Swanhild hatte ja auch Malerin werden wollen. Ob es wohl sehr viel kostete, das Bischen Malerei zu erlernen?

— Gegen den Frühling zu fand bei Magnesen ein Ball statt; Fanny wurde eingeladen und ging hin. Sie konnte nicht anders. Zum ersten Mal sollte sie auf einen ordentlichen, erwachsenen Ball kommen; bisher hatte sie noch niemals ein Ballkleid gehabt. Und sie wollte nicht tanzen, sie wollte nur zusehen. Jedenfalls konnte sie nachher Buße thun. Freilich wurde nun das Kleid nicht wie es sollte; aber es ging doch an —: weißer Spitzenstoff auf einem Grund von blauem Alpakka. Ueber den Schultern ein weißes Fichu; es stand ihr hinreißend. Auf der einen Schulter eine rothe Rose; im reichen glanzbraunen Haar ebenfalls eine rothe Rose; dies war all ihr Schmuck. Sie kam auf den Ball und strahlte. Es ging von ihr aus, wie ein Fest von Jugend und Glückseligkeit; ihre Augen blitzten, ihre Wangen glühten; die Herren strengten sich auf's Aeußerste an, Komplimente zu finden; besonders den Vergleich mit einer frischen Rose versuchten sie. Fanny's Beschluß, nicht zu tanzen, wurde bei der ersten Aufforderung hinfällig; sie vergaß Gott mit glücklichem Lächeln und stürzte sich freudeberauscht ins Gewimmel.

Der heitere, elegante Mediziner Aas machte ihr den ganzen Abend den Hof. Er war der feinste Herr, den sie jemals gesehen. Er war so zutrauenswürdig und treuherzig. Sein offenes, helles Antlitz kannte keinen Hinterhalt. Sie glaubte ihm aus vollem Herzen.

Es ängstigte sie ein wenig, daß sie so dumm war; schrecklich, wie wenig sie wußte. Sie durfte weniger sagen,

Situation ist die Brüsseler Korrespondenz der „Voss. Ztg." vom 5. d. M., in der es heißt: „Es steht jetzt fest, daß unter dem gegenwärtigen Zensus-Wahlregimente von der zeitigen Regierung und von den jetzigen gesetzgebenden Körperschaften auf gesetzlichem Wege weder die Zulassung der sofortigen Verfassungsdurchsicht, noch die Einführung des allgemeinen Stimmrechts zu erwarten sind, daß somit ein weiterer erbitterter, das ganze Staatswesen erschütternder Kampf bevorsteht. Die sechs Abtheilungen der Deputirtenkammer waren heute versammelt, um sich über den Janson'schen Antrag auf sofortige Verfassungsdurchsicht schlüssig zu machen und zu seiner Vorberathung einen Ausschuß zu wählen. Die stattgehabten Verhandlungen ergaben, daß Regierung und Rechte nur dann eine künftige Verfassungsdurchsicht zulassen, wenn vorher beide Parteien sich über die Grundsätze des neu einzuführenden Wahlsystems unter Ausschluß des allgemeinen Stimmrechts und Fähigkeits-Wahlrechts geeinigt haben werden. Regierung und Rechte bieten als Einigungsgrundlage ein auf mäßigem Miethszinse beruhendes Wahlsystem an, welches die Zahl der belgischen Wähler von 130 000 auf 500 000 — bei 6 000 000 Einwohnern — erhöhen würde. Da die Linkenmitglieder, deren Ansichten über das künftige Wahlsystem weit auseinandergehen, jeder bindenden Erklärung darüber ausweichen, so lehnte die erste Abtheilung den Janson'schen Antrag mit 11 gegen 9 Stimmen und einer Stimmenthaltung, die zweite Abtheilung mit 16 gegen 5 Stimmen und die sechste Abtheilung mit 7 gegen 4 Stimmen und 4 Stimmenthaltungen ab. Die drei übrigen Abtheilungen stimmen erst in der nächsten Woche darüber ab. Die Verhandlungen der dritten Abtheilung waren die wichtigsten. Hier gab der Ministerpräsident Herr Beernaert die verblüffende Erklärung ab, daß, wenn eine Verfassungsdurchsicht stattfinde, auch die verfassungsmäßigen Bestimmungen über die Polizei „behufs Stärkung der Staatsgewalt" geändert werden müssen. Der Staat müsse die Generalpolizei — bisher steht die Polizei ausschließlich unter den Bürgermeistern — in seine Hand bekommen und in Brüssel nach französischem Vorbilde eine Zentral-Polizeipräfektur errichten!"

Abgesehen von den paar Leuten, die wie Janson, bürgerlich-radikal sind, ist die ganze Klique für eine „Reform" des Stimmrechts, die thatsächlich nur den Schein, nicht das Wesen des Zensussystems trifft. Und der Spitzelminister Beernaert, der zu den blamirtesten europäischen Staatsmännern dieses Jahrhunderts gehört, der Nährvater und Schutzpatron der infamsten Lumpen, der Pourbaix und anderer Lockspitzel, fordert mit kühner Stirne mehr Polizei, Staatspolizei.

Die Polizei-Brutalität soll in Staatsregie genommen, jede Stimmrecht-Erweiterung durch Schergenvermehrung und Polizeivollmachten korrigirt, die Knebelung der Arbeiter vollendet werden.

Und während mit der ganzen Beschränktheit, die den Vertretern eines Systems eignet, welches die Götter verderben wollen, dieser Beernaert nach Polizei ruft, regt es sich in den Kasernen, und die Politik der Bajonette, die gegen Demokraten nur Soldaten verwendet, erleidet eine nicht nur für Belgien lehrreiche riesige Schlappe.

Das Volk, das arbeitende Volk, und die Proletarier in Uniform sind in Bewegung.

Und derweil stehen die Krämer der Bourgeoispolitik, treiben Trödelgeschäfte und verstecken sich hinter Konstablern.

Das Goethe'sche Wort kann sich bewahrheiten:

„Aber sie treiben's toll,
Ich fürcht', es breche,
Nicht jeden Wochenschluß
Zahlt Gott die Zeche."

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar.

Die heutige Sitzung des **Reichstags** nahm ein sehr rasches Ende. Nach Erledigung einiger Formalitäten und nachträglichen Abstimmungen, bei denen die Majorität nicht zweifelhaft war, wurde durch die Konservativen, welche eine höhere Besteuerung des ausländischen, und eine niedrigere des inländischen Tabaks verlangen, wieder einmal eine Tabaksdebatte herbeigeführt.

Herr Menzer, der in griechischen Weinen und norddeutschem Fuselschnaps mit gleicher Begeisterung macht, und für Alles schwärmt, was die Taschen der deutschen Steuerzahler zu Gunsten der kapitalistischen Profitpatrioten (junkerlichen und bürgerlichen Zeichens) zu erleichtern verspricht, vertheidigte den konservativen Antrag und wurde von dem Sozialdemokrat Förster nach Verdienst abgefertigt. Hierauf erfolgte die Abstimmung über den in zwei Theile zerfallenden Antrag — der erste Theil des Antrags — Höherbesteuerung des ausländischen Tabaks — wurde mit großer Mehrheit verworfen. Bei der Abstimmung über den zweiten Theil (Herabsetzung der Steuer auf inländischen Tabak) ließ sich aber, weil die Abgeordneten in dem Hause zu sehr zerstreut waren, um eine genaue Uebersicht zu ermöglichen, durch das Bureau nicht feststellen, auf welcher Seite die Majorität war, und es mußte ein Hammelsprung stattfinden, der das Resultat lieferte: 95 für und 57 gegen den Antrag und die Beschlußunfähigkeit des Hauses an den Tag brachte. Die Sitzung, welche keine zwei Stunden gedauert hatte, mußte nun sofort aufgehoben werden. —

Die **Nachwahl** für den meiningischen Kreis Sonneberg ist auf den 19. Februar, den letzten Tag, an dem die Wahllisten der Hauptwahl vom 20. Februar noch benutzt werden dürfen, angesetzt. Dies bringt unserer Partei natürlich nur Nachtheil, den Gegnern nur Vortheil; denn im Laufe eines vollen Jahres sind unsere Parteigenossen zu Hunderten gezogen, um zu wählen, während die zugezogenen Arbeiter, da sie nicht in den Wählerlisten eingetragen sind, ihr Wahlrecht nicht ausüben können. Daß die besitzenden, für die Bourgeoisparteien stimmenden Wähler unter diesen Schiebungen der Bevölkerung nicht zu leiden haben, ist klar. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse werden unsere Genossen alles daran setzen, ihrem Kandidaten, dem Genossen Reißhaus, den Sitz zu verschaffen, der unserer Partei von Rechtswegen gehört. —

Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß sich in jüngster Zeit allerhand **unterirdische Kämpfe** abgespielt haben, mit denen die Ent- und Versetzungen Stöcker's, des Grafen Waldersee, des Generals Lescouski u. s. w. offenbar in Zusammenhang standen, und deren Ausgang in Friedrichsruhe sehr unangenehm berührt zu haben scheint. Wenigstens ist der Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten" giftiger und galliger als je. Ein Glück, daß er noch eine Stätte hat, wo er sein Gift und seine Galle abladen kann. Er würde sonst bersten oder ersticken vor Wuth. Nachdem er seinem gehaßten und beneideten Nachfolger (verschiedene Knüppel zwischen die Beine geworfen und ihn u. a. namentlich auch der Liebedienerei gegen England (in der Kolonialpolitik) bezichtigt hatte, spielte ihm der neue Reichskanzler vor einigen Tagen den Streich, im Reichstag eine „Randbemerkung" des Fürsten Bismarck, als derselbe noch Reichskanzler war, zu verlesen: des Inhalts, daß die Freundschaft Englands mehr werth sei als ganz Ostafrika. Das hat nun einen Feuerbrand in die alte Raketenkiste geschleudert und in den „Hamburger Nachrichten" ging vorgestern ein höllisches Feuerwerk los.

Nun — gegen Feuer hilft Wasser, und Herr v. Caprivi entsandte nach Friedrichsruh einen „Kaltwasserstrahl" in Gestalt einer offiziösen Notiz, zu deren Veröffentlichung — gewiß nicht um sie dem Adressaten angenehmer zu machen — dessen früheres Leiborgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gewählt wurde. Die Notiz ist scheinbar an die Münchener „Allgemeine Zeitung" gerichtet, die sich ebenfalls dem verstossenen Kanzler zur Verfügung gestellt und etliche Raketen des Feuerwerks losgelassen hat; sie lautet:

„Die Münchener „Allg. Zeitung" stellt bei Besprechung der jüngsten Kolonialdebatte in Uebereinstimmung mit der bekannten Auslassung der „Hamburger Nachrichten" die Behauptung auf, daß seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck eine wesentliche Veränderung in dem Verhältniß von Deutschland und Rußland eingetreten sei; das Blatt schreibt wörtlich: „Sodann — und hier berühren wir den Kardinalpunkt unserer ganzen auswärtigen Politik — werden wir uns hoffentlich zu Rußland nicht immer im Stadium der ausgezogenen Brücken befinden, sondern hoffentlich allmälig jene eigentliche Basis unserer Politik wiedergewinnen, welche in einem freundschaftlichen und freundnachbarlichen Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn und Rußland besteht." Die damit gegen unsere derzeitige auswärtige Politik erhobene Beschuldigung, daß sie eine wesentliche Basis der Friedenspolitik Deutschlands, nämlich das freundschaftliche und freundnachbarliche Einvernehmen mit Rußland preisgegeben habe, ist eine so schwere und steht zudem mit allen bisher bekannten Thatsachen in so diametralem Widerspruch, daß die Münchener „Allgemeine Ztg." und die „Hamb. Nachr." nothwendig irgend einen Beweis für ihre Unterstellungen antreten müssen, wenn nicht der gegründete Verdacht erweckt werden soll, daß die beiden Blätter zum Zwecke der Diskreditirung der auswärtigen Politik Deutschlands auch vor willkürlichen Erfindungen nicht zurückschrecken."

„Diskreditirung", „willkürliche Erfindung" — das ist schon eine schärfere Tonart, als wir bisher gewohnt waren. In Friedrichsruh denkt man nun vielleicht an den Arnim-Paragraphen. —

Die **Nationalliberalen**, die wissen, was Freiheit heißt, freilich die Freiheit, die sie meinen. So erklärte heute im Landtage Herr v. Eynern, er könne es im Interesse der Gemeindefreiheit nicht verantworten, daß der Gemeinde-Wahlzensus einheitlich auf 6 M. reduzirt werde, er müsse auch, wieder natürlich im Interesse der Gemeindefreiheit, das dreifache und das sechsfache betragen dürfen. Wenn die Frommen es als Verbrechen betrachten, daß Ungläubige den Namen Gottes im Munde führen, so müssen wir es als Schmach bezeichnen, wenn ein Nationalliberaler das Wort Freiheit in den Mund nimmt.

Die siegende Macht der sozialistischen Ideen wird in Posen erscheinende ultramontane Kleinbürgerblatt, der „Orendownik", die polnischen Bauern und Arbeiter, unser Parteiorgan, die „Gazeta Robotnicza", zu lesen, da er befürchtet, daß, wenn das Blatt zweimal gelesen wird, die Leute vom Sozialismus nicht mehr lassen werden. Dies ärgert natürlich die Herren Ultramontanen und Polen gewaltig und deshalb bekämpfen sie unser polnisches Parteiorgan, das in erfreulicher Weise sich einen von Nummer zu Nummer steigenden Abonnentenstand und Anerkennung erwirbt, mit allen unanständigen Mitteln, so zitiren sie den Namen des Blattes falsch, geben unrichtige Bezugsquellen an und suchen auf alle mögliche Weise die Verbreitung der „Gazeta Robotnicza" zu hemmen. Doch all' diese kleinlichen Maßnahmen werden das Eindringen des Sozialismus in die polnische Bauern- und Arbeiterbevölkerung nicht hindern.

Ueber die Gründung der **Berliner Arbeiterschule** schreibt ein Berliner Korrespondent der Wiener „Arbeiter-Zeitung":

„Eines der erfreulichsten Symptome gesunden, triebkräftigen Lebens der Arbeiterklasse ist es, daß sich in ihr, so sehr sie auch gehemmt ist, durch wirthschaftliche Noth und all' das Elend und die Kümmernißs, welche die Folge davon sind, neben der große Opfer fordernden Hingabe an die politische und gewerkschaftliche Agitation ein von begeisterter Energie getragenes Streben nach geistiger Bildung geltend macht. Mit einer alle Erwartungen übertreffenden elementarischen Gewalt hat dieser leidenschaftliche Drang nach Wissen sich hier in Berlin bei der Gründung der Arbeiterschule geäußert. Es handelt sich um eine Schule, in der als einem Zentralpunkt die bisher vereinzelten und zersplitterten Bestrebungen der Arbeiter-Bildungsvereine zusammengefaßt und in systematischer, möglichst allseitiger und gründlicher Weise den Arbeitern die Mittel zu einer fruchtbaren, lebendigen Bildung dargeboten werden sollen. Am 12. Januar d. J. fand in dem 6000 Menschen fassenden Saal der Lips'schen Brauerei „am Friedrichshain" die Versammlung statt, welche die Arbeiterschule begründen sollte. Um 7 Uhr war der Saal bereits überfüllt und Tausende, die gekommen waren, um der Versammlung, in der Liebknecht referirte, beizuwohnen, mußten unverrichteter Sache umkehren.

Ein wahrhaft heiliger Ernst erfüllte diese einzige Versammlung, und mit dem größten Enthusiasmus wurde die Gründung der Arbeiterschule beschlossen. An demselben Abend zeichneten sich mehr als tausend Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder ein, und seitdem ist die Zahl der letzteren bereits auf weit über

---

als sie Lust hatte; sich kompromittiren, das wäre zu schnell geschehen. Zum Glück redete er für sie beide. Er unterhielt sie die ganze Zeit, leicht, gemüthlich und behaglich; — dies nannte man also Konversation. Er sprach langsam, ein wenig schleppend, außerordentlich weich; „das ist gejadezu mealwüadich, Fjäulein"; „wiladen Sie mia das glauben; nua scheint das doch sjech"; — so redeten die eleganten Herren wohl heutzutage. Er war sehr gebildet. Er interessirte sich für Musik, Gesang, Malerei; wenn er einmal Arzt und reich war, wollte er sich eine luxuriöse Wohnung einrichten, in der auf allen Wänden schöne Bilder hängen sollten .... Wie meinen? Was das kostet —? Ja, im Anfang kostet es wohl, Fjäulein. Man muß viele Jah'e aarbeiten, wenn etwas dajaus weaden soll, und dann muß man nach Düsseldorf und München und Pajis ... Ein bischen? Ja, sehen Sie, Fjäulein, es ist fast schlimma, wenich als nichts zu können. Und dann haben wia so gjäßlich Viele, die wenich können; sie schmiean soviel Leinwand voll, daß Gott Vata es ihnen vageben mag. Sagen Sie, malen Sie, Fjäulein?" —

Fanny ließ in aller Stille ihren Malerinnen-Plan fallen.

Ach, es war zum Verzweifeln, wie dumm sie war. Jeden Augenblick nannte er Dinge, die sie nicht kannte. Er fand es unthaltend, am Sonntachvoamittag auf der Kaal-Johann-Stjaße herumzugehen und Physiognomien zu studieaen; — was das nun hieß. Sein Freund Gabjiel war ein eifriger Bacchusknecht; — was dies wieder war. Der gleiche Gabjiel war auch ein ächtj norwegischer Prinzipienreiter; er schwäamte für modeane Ideen und trieb eine zeitlang jealistische Kunst ... hu; bei Gott! sie mußte ein bischen zu studiren anfangen. Aber wann sollte sie dazu die Muße finden; wo sollte sie dafür die Bücher suchen ... Sie wagte nicht einmal um Erklärung der schwierigen Worte zu bitten; all' dies mußten gebildete Menschen wohl wissen, ein Mädchen aus einer höheren Töchterschule würde dies alles verstehen. „O ja," „ei," war alles, was sie antworten konnte; ach, wie mußte er sie langweilig finden. Besagter Gabjiel war überdies nervös; da wagte sie eine Frage: „Sie sind ja Mediziner ... was heißt es eigentlich, nervös sein? Alle Leute sind nun nervös, höre ich, und ich werde wohl auch bald anfangen, zu behaupten, ich sei nervös, ich weiß nicht recht wüßte, was das ist." — „Neavös," versetzte Aas, „das ist in seina gjoßen Allgemeinheit das gleiche wie valumpt, das heißt, wenn von Heeau die Jede ist; was die Damen betjifft, — nun, sie sind ja nicht neavös, Fjäulein? — bei den Damen bedeutet es in da Jegel dasselbe wie affektiat ..." Sie lachte; aber hui, ob er sie nicht zum Besten hielt? — Ferner wollte sein Freund Gabriel sich auf die Literatur werfen ... „Schwäamen Sie füa Litejatua, Fjäulein?" — „Ja, ich weiß nicht recht ..." — „Ja, wia daheim, wia haben ja gaa keine Litejatua; denn Sie weaden mia doch nicht mit so etwas wie mit dem „Pfead des Landes"*) djoben in Gausdal kommen, das nichts thun kann als Jepublik und deagleichen Unsinn mea pjedichen ..." — „Und Ibsen?" wagte sie vorsichtig, „ist er nicht — ?" — „Ja, Ibsen,"**) dea ist doch etwas; ea hat doch so viel Beastand, daß ea einen wiaklichen Dichta nachmacht; übrigens muß ich Ihnen sagen, Fjäulein: es giebt nicht mea als einen Dichta auf da Welt, nua einen einzigen." Er erwartete, sie werde rathen; sie getraute sich nicht. „Sie glauben natürlich, ich meine Shakspea; nein, sehen Sie, Heinjich Heine, das, ja, das ist ein Dichta. „Du hast Diamanten und Pealen, hast alles, was Menschenbegea, und hast die schönsten Augen; mein Liebchen, was willst Du noch mea?" — Das von den „schönsten Augen" verstand sie; er sagte es so, daß es eine feine Schmeichelei wurde.

Aas ließ sich Mama vorstellen und war auch gegen sie liebenswürdig. Das bezauberte Mama. „Schau, das ist einmal ein wirklicher Herr!" sagte sie. Fanny antwortete mit einem glücklichen Lächeln; das Herz klopfte ihr unter dem blauen Alpakka.

Am nächsten Sonntag traf ihn Fanny auf der Karl-Johann-Straße wieder. Sie traf ihn öfters wieder. Er begann ihr regelrecht den Hof zu machen.

Er nahm sie in's Theater und in die Konditorei, in Konzerte und auf Spaziergänge mit.*) Manchmal begleitete Mama sie; zumeist aber waren sie allein. Er erwartete sie Abends vor dem Laden und führte sie nach Hause; zeitweilig begleitete er sie auch zu Mittag. Es machte ihm nichts, daß sie ein Ladenmädchen war; er war wirklich fein. O Gott, sie hatte ihn gewiß lieb. Denkt Euch, wenn sie ihn retten könnte! Leider war er ein fürchterliches Weltkind.

Er durfte um alles in der Welt nicht merken, daß sie gottesfürchtig war; so niedrig war sie, so elend war sie; aber sie betete für ihn. Sie wurde eifriger im Gebet als jemals vorher, und ihre Gebete wurden so herzlich, daß sie meinte, Gott müsse sie erhören. So oft sie Aas wieder traf, sah sie nach, ob er noch nicht ein bischen ernster geworden. Aber nein, er war das gleiche frohe Weltkind wie vorher. So versuchte sie, dem lieben Gott nachzuhelfen. Sonntag, wenn sie spazieren gingen, brachte sie ihn auf den Kirchhof; vielleicht daß die Nähe des Todes weckend auf ihn wirkte. „Bien, why not?" sagte er und folgte ihr; dann schlenderte er zwischen den Gräbern herum und sprach von Lustbarkeit und Musik, genau wie sonst. Bei ihm biß nichts an. Schließlich wurde er des Kirchhofs müde. „Herrgott, können wir nicht minder trübselige Orte zum Spazierengehen finden", sagte er. Sie lachte und gab ihn auf. Im Grunde war er ein großes Kind. Der liebe Gott würde ihm beistehen, wenn seine Zeit kam. Er war prächtig, auch so wie er war.

(Fortsetzung folgt.)

---

*) „Des Landes Pferd" hatte sich damals Björnstjerne Björnson in einem Gedichte genannt; dies blieb eine Zeit lang als Spitzname in Schwang; Gausdal ist seine Heimathsgegend.

**) Es war damals Mode, Ibsen als Nachahmer Heine's zu bezeichnen.

*) In Kristiania herrscht so viel Freiheit des Verkehrs zwischen beiden Geschlechtern, daß all dies weder ungewöhnlich, noch ungebührlich ist.

4000 angewachsen. Mögen sich alle Hoffnungen, welche sich an die vortreffliche Schöpfung knüpfen, erfüllen! —

Wir haben diesen trefflichen Ausführungen nichts beizufügen und wünschen nur, daß die Berliner Arbeiterschule das hohe Ziel, dem sie zustrebt, voll und ganz erreicht. —

In Sachen der **Koch'schen Entdeckung** hat gegenwärtig, wie schon angedeutet, eine rückläufige Bewegung, ein starkes Mißtrauen platzgegriffen. Es ist dies hauptsächlich die Folge der übereilten Veröffentlichung der Entdeckung (welche insbesondere auf Drängen des Kultusministers v. Goßler erfolgte) sowie der anfänglichen Regierungsmaßnahmen und der von einer Anzahl von Aerzten getriebenen ungeheuren Reklame, endlich auch der anfänglich von den Kranken auf das Mittel gesetzten maßlosen Erwartungen, deren Nichterfüllung nun in Pessimismus übergeschlagen ist. Der denkende Mensch wird sich in solchen Dingen ebenso wenig einer überschwänglichen Erwartung wie einer unbegründeten Verneinung hingeben, sondern die weitere Entwickelung der Wissenschaft überlassen. Am wenigsten wird er einem Drängen folgen, wie das eines ehemaligen Sozialdemokraten, welcher von München aus Petitionen an Kaiser, Kanzler, Bundesrath und Reichstag verbreitet, in welchen kurzer Hand ein obrigkeitliches Verbot gegen jede fernere Impfung gefordert wird. Das wird so wie so geschehen, wenn die wissenschaftliche Kritik für die Schädlichkeit der Impfung sich aussprechen sollte. —

Die **deutsch-liberale Partei in Oesterreich** hat ihren Wahlaufruf erlassen, er ist gemäßigt, vorsichtig, nichtssagend, wie es sich für eine Partei geziemt, deren sehnlichster Wunsch ist, an die Regierung zu kommen. Von all ihren sozialreformatorischen Vorlagen, die in der letzten Sitzungsperiode unerledigt blieben, so von der Errichtung von Arbeiterkammern und Einigungsämtern, von irgend welchen Fortschritten, wie der Erweiterung des allgemeinen Wahlrechtes, schweigt der Wahlaufruf, er ist mit einem Worte: „nationalliberal". Und das Schicksal des deutschen Nationalliberalismus wird auch der österreichische theilen, er geht unaufhaltsam trotz der Unterstützung durch den Regierungsapparat dem Untergange entgegen. Innerhalb Wiens pflanzt der Vorkämpfer der schwärzesten Reaktion, der Vertrauensmann der päpstlichen Kurie, der langjährige Führer des österreichischen Ultramontanismus, der „schwarze Prinz" Alois Lichtenstein sein Banner auf. Er kandidirt in einem Bezirke Groß-Wiens und seine Wahl ist nicht unmöglich. Die ganze Wahlbewegung Oesterreichs bietet das Bild äußerster Zersplitterung der bürgerlichen Parteien. Ein halb Dutzend antisemtischer und ein viertel Dutzend liberaler und demokratischer und ein Dutzend nationaler Parteien bekämpfen sich; eine Anzahl von Stichwahlen ist das einzige Resultat des Wahlkampfes, das sich mit Bestimmtheit voraussagen läßt. Was unsere Partei betrifft, so wird diese Woche erst ein richtiges Bild über ihre Stellung zu den Wahlen ermöglichen. Sicher ist die Betheiligung an denselben, ungewiß noch die Stärke derselben. Hoffentlich fließen bald die Gelder zum Wahlfonds reichlicher und ermöglichen ein allgemeines und entschiedenes Vorgehen. In der letzten Nummer der „Wiener Arbeiter-Zeitung" werden schon eine Anzahl Beträge aus Deutschland quittirt. Eine Reihe deutscher Parteiorgane, so die „Fränkische Tagespost", die „Fürther Bürger-Zeitung", die „Schwäbische Tagwacht" u. a. haben mit Entschiedenheit zur Unterstützung der österreichischen Wahlbewegung aufgefordert, eine Reihe von Blättern haben auch direkt zur Sammlung für die Wahl aufgefordert. Die Unterstützung der deutschen Genossen wird unsere österreichischen Brüder in ihrem Kampfe stärken. —

Die österreichischen Zeitungen sind voll von Beurtheilungen des Rücktritts des österreichischen Finanzministers **Dunajewski.** Aber keines dieser Blätter wagt es, die persönliche Korruptheit dieses Mannes nur mit einer Andeutung zu kennzeichnen. Wohl ist es in Wien offenes Geheimniß, daß Herr von Dunajewski als tiefverschuldeter Mann das Ministerium angetreten hat und als zehnfacher Millionär dasselbe verlassen hat; wohl weiß man dort, daß einer der blutigsten Gründer, Herr „von" Rappaport, von Herrn Dunajewski die Genehmigung der Länderbank, der Zweigniederlassung der Union Generale des nachher wegen Betrugs zu mehrjährigem Kerker in Paris verurtheilten Bontoux, dadurch erzwang, daß er Herrn von Dunajewski eines schönen Tages sämmtliche Wechsel desselben vorwies und ihm drohte, dieselben einklagen zu lassen und damit Se. Exzellenz, den österreichischen Finanzminister zum sofortigen Bankerott gedrängt hätte, wenn Herr von Dunajewski nicht binnen 24 Stunden die Genehmigung der Länderbank unter selbst in Oesterreich ganz außerordentlichen Bedingungen erwirkt hätte. Seine Fürsorge für dieses Institut war damit nicht zu Ende, er vermittelte demselben österreichische, serbische, bulgarische und andere Anlehen, wobei die Tasche des Herrn von Dunajewsky nicht leer geblieben sein dürfte. Wenigstens wäre sonst das ökonomische Kunststück unerklärlich, daß der tiefverschuldete Herr von Dunajewski als mehrfacher Hausbesitzer und Millionär das Ministerium verlassen hat. Auch sonst war Herr von Dunajewski stets eifrig, wenn auch nicht in der Wahrung der Interessen des österreichischen Staatsschatzes, so doch in der Fürsorge für die Interessen seiner Familie; so wurde sein Bruder unter seinem Ministerium Bischof und Kardinal. Wenn die österreichische liberale Presse an Herrn von Dunajewski's persönlichen Geschäften nichts auszusetzen hat, so erklärt sich dies sehr einfach aus ihrem Bedauern, daß nicht einer ihrer Leute die Geschäfte des Herrn von Dunajewski machen konnte. —

Das **neue italienische Kabinet** ist gebildet, es ist ein sonderbares Koalitionsministerium, das aus Männern besteht, die sich vorher aufs heftigste befehdeten. Auf einen langen Bestand kann dieses Ministerium kaum rechnen, wir glauben auch nicht, daß es sich zur Auflösung der Kammer entschließen kann, denn es wird unmöglich sein, den auch in Italien bei Wahlen eifrig funktionirenden Regierungsapparat so arbeiten zu lassen, daß alle Minister zufrieden sind. Die Zusammensetzung des Ministeriums dürfte außer Crispi Niemanden befriedigen. Ein römisches Telegramm des Bureau „Herold" meldet: Die Erklärungen, welche von den Ministern heute in der Kammer abgegeben werden, sollen feststellen, daß die Ersparungen in dem Budget für Krieg, Marine und Afrika 24, in den anderen Ministerien 10 Millionen Lire betragen. — Mehrere Präfekten haben ihr Amt niedergelegt. —

Der **König von Belgien** bekommt Furcht; auf seine Soldaten kann er sich nicht verlassen, denn die schießen zwar, aber man weiß nicht, ob sie auf diejenigen schießen werden, welche man erschossen haben will. Das ist eine böse Sache, und da heißt es, versöhnlich auftreten und Händedrucke mit den unbequemen Arbeitern austauschen. Als vor mehreren Wochen belgische Arbeiter vom Könige empfangen werden wollten, wies man sie ab. Gestern aber, einige Tage nach den Milizrevolten wurden sie vom König eingeladen, um ihre Wünsche vorzutragen. Darüber meldet eine Brüsseler Depesche:

„Die Arbeiter-Delegirten des Industrie- und Arbeitsraths wurden gestern vom Könige empfangen. Der König unterrichtete sich aufs Eingehendste über die Lage der arbeitenden Klassen. Auf die Frage der Arbeiter, ob der König seinen Einfluß für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts geltend machen wolle, antwortete der König, er sei den Arbeitern sehr zugethan, da er aber kein Diktator wäre, so müsse er die Nation sich darüber aussprechen lassen. — Dem „Peuple" zufolge soll der König auch gesagt haben, die Arbeiter thäten Unrecht, sich als besondere Kaste zu betrachten, er und sie alle seien Belgier, Alle seien sie Arbeiter nach verschiedenen Richtungen. Als die Arbeiter geltend gemacht hätten, man habe sie durch den Ausschluß vom Stimmrecht zu einer besonderen Kaste gemacht, erwiderte der König den Delegirten, die Verfassung verbiete ihm, sich mit dieser Frage zu befassen, er könne ihnen nichts versprechen, da er seine konstitutionelle Haltung nicht aufgeben dürfe. Hierauf sollen dann noch die Arbeiter bemerkt haben, der König vermöchte als Vermittler zwischen den Parteien zu wirken."

Nachdem der König allen Mitgliedern die Hand gedrückt hatte, wurden sie ebenso schlau wie zuvor entlassen. Wir fürchten nicht, daß die belgischen Arbeiter sich durch königliche Händedrucke von ihrer Politik abbringen lassen und den Worten ihres guten Leopold zu viel Glauben schenken werden; sie wissen wohl, daß er weniger konstitutionell denkt, wenn es sich um den Kongostaat, d. h. um seine Privatinteressen handelt.

Stanley, der kühne Afrikaforscher, scheint zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß es wichtigeres gebe, als die afrikanischen Sklaven zu befreien, daß es genug Sklaverei in Europa gebe. Wir glauben wenigstens so eine New-Yorker Meldung deuten zu müssen, nach welcher Stanley beschloß, sämmtliche ihm von Souveränen dargebrachten Geschenke, deren Werth auf über 2 Millionen Mark geschätzt wird, dem General von der Heilsarmee Booth abzutreten zum Zwecke der Bekämpfung des Pauperismus. Uebrigens wird Stanley dadurch ebensowenig den üblen Ruf der von seinen Leuten in Afrika verübten Barbareien aus der Welt schaffen, als wie das Almosensystem des General Booth den Pauperismus vermindern wird. —

In einem Leitartikel behandelt die „Times" in sehr scharfem Tone die durch das britische auswärtige Amt vermittelte Zurücksendung der vom Lordmayor von London an den Zaren gesandten Bittschrift des Guildhall-Meetings in Sachen der **russischen Judenhetze.** Diese absichtliche Unhöflichkeit, meint die „Times", sei durch den Ton und den Inhalt der Bittschrift keineswegs gerechtfertigt. Die Bittschrift befleißigte sich, in ruhigem und höflichem Tone um Abstellung jenes Mißstandes zu ersuchen. Doch der Zar wollte gegenüber der Kulturwelt seine Gleichgiltigkeit zeigen. Fortan aber werde er in Sachen der schändlichen Behandlung der Juden in Rußland keine Unwissenheit vorschützen können. Das Bestreben der zarischen Regierung, dem russischen Volke die wahre Meinung der ausländischen Kulturvölker zu verheimlichen, müsse endlich doch fehlschlagen. Die „Times" giebt zu, daß ausländische Strafpredigten für solche Herrscher unangenehm seien, aber freie Völker müßten zuweilen ein offenes Wort sprechen und diesmals war ein solches offenes Bekenntniß die höchste Pflicht. Eine Unhöflichkeit mit einer anderen zu beantworten wäre unziemlich, sonst hätte es die englische Regierung ablehnen können, die Antwort der russischen Regierung zu übermitteln, denn die Bittschrift an den Zaren war auf dem Postwege nach Petersburg übersandt worden.

Wichtiger noch als die Sympathie-Erklärung für die Opfer der russischen Judenhetze erscheint uns die für die nach Zehntausenden zählenden Opfer das blindwüthigen Kampfes gegen den Nihilismus. So lange aber das zivilisirte Europa nicht die einzig richtige Konsequenz zieht und aufhört, Rußland als einen gleichberechtigten zivilisirten Staat zu behandeln, wird alle Entrüstung vergeblich sein, vor allem aber eine Entrüstung, welche die Form demüthiger Bittschriften an den Zaren wählt. Aber Europa braucht den Zaren, er ist der Hort der Reaktion, die letzte Hoffnung auf den Balkan tauchenden herrschenden Klassen, deshalb wird das offizielle Europa sich nicht entschließen, den russischen Zarismus zu einer Kulturpolitik zu zwingen. —

Bulgarien hat doch nachgeben müssen. Ein Telegramm meldet: „Gegen zwanzig infolge der russischen Note aus Bulgarien und Ostrumelien ausgewiesenen Russen haben das Fürstenthum verlassen und sind nach Serbien übergesiedelt." — Die Kleinen haben eben immer Unrecht. Macht geht vor Recht, und wenn Deutschland, Oesterreich und Rußland drücken, kann Bulgarien nicht zurückdrücken. Das ist die Moral der Politik! Uebrigens kann sich Rußland über diesen „Sieg" nicht allzusehr freuen, denn Bulgarien hat die Gelegenheit benutzt, auch einigen russischen Agenten die Thüre zu weisen. —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Elberfeld. Der am 4. Januar in Köln a. Rh. tagende Delegirtentag der sozialdemokratischen Partei nahm unter anderem den Antrag an, daß eine Kommission von 3 Personen zu wählen sei, welche die Agitation in den beiden Provinzen Rheinland und Westfalen zu regeln habe, und daß zur finanziellen Unterstützung dieser Kommission die Parteigenossen allerorts in vorstehenden Provinzen verpflichtet seien. Mit dem Sitz sowohl wie mit der Wahl der Kommissionsmitglieder wurde Elberfeld betraut. Infolge dieses Beschlusses fand am 18. Januar eine öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei hierselbst statt, welche sehr zahlreich besucht war. Es wurden die Genossen

Emil Müller, Elberfeld, Wirkerstr. 13,
Wilh. Finke, „ Vogelsauerstr. 89,
Aug. Neumann, „ Kipdorfstr. 65,

per Akklamation als Agitationskommission für Rheinland und Westfalen gewählt. Damit das Komitee dem Auftrage des Parteitages in jeder Weise gerecht werden und im Interesse der Gesammtpartei wirken kann, ist es Pflicht der Genossen, dasselbe nach Kräften zu unterstützen. Gelesene Broschüren, Zeitungen ꝛc. bitten wir an obige Adressen zu senden, damit solche zweckentsprechend vertheilt werden können; auch werden diejenigen Orte, in denen bisher noch wenig oder gar keine Agitation betrieben wurde, gebeten, Adressen anzugeben, an die man die gelesene Literatur senden kann. Diejenigen Orte, welche der Kommission finanzielle Unterstützung zukommen lassen wollen, werden ersucht, ihre Sendungen an Wilh. Finke, Vogelsauerstr. 89, zu richten.

* * *

Aus Sachsen. Unser Nostiz-Wallwitz ist also nicht mehr! Der „Vorwärts" hat ihm im Allgemeinen schon sein Recht widerfahren lassen. Trotzdem aber gestatten wir uns ein paar nachträgliche Bemerkungen. Dafür, daß der verflossene Minister kein bedeutender Jurist war, wollen wir ihn nicht verantwortlich machen; auch sein Nachfolger hat erklärt, obgleich er sich seinem Vorgänger gegenüber nicht würdig fühle, ihm die Schuhriemen aufzulösen, trete er doch den Posten an, an den die Krone ihn berufen und in Nostizens Fußtapfen. Just ebenso ging es, wenn solche Worte nicht nur Redensarten sind, dem Herrn von Nostiz-Wallwitz auch. Die gesammte Juristenwelt — um nur von dieser zu reden — hat die juristische Unzulänglichkeit des Nostiz festgestellt. Weiter aber ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß die vielfach unter der Stichmarke „Sächsische Gemüthlichkeit" berichtete und geradezu auffällig gewordene Rechtsprechung in einigermaßen politisch gefärbten Prozessen absolut mit dem Herrn von Nostiz-Wallwitz gar nichts zu thun hat, eben wegen seiner absoluten Unbedeutenheit als Jurist. Die sogenannte „Sächsische Gemüthlichkeit" hat eben ihren Grund wo ganz anders. — Die Kreishauptmannschaften und Amtshauptmannschaften, wenn sie in der Hand eines einigermaßen durchgebildeten Juristen der höheren Karrière waren, — haben unter einem ihnen an juristischer Bildung nicht gewachsenen Minister leichtes Spiel gehabt. Er deckte mit seiner Autorität alle Rückwärtsereien dieser Herren, deren Tragweite er gar nicht übersehen zu haben scheint. Er hieß gut alle Ausflüsse der im ganzen Reiche — ebenso wie ehedem die Schwabenstreiche — berühmt gewordenen sächsischen „Helligkeet un Gemiethlichkeet" in Rechts- und — nicht zu vergessen! — Polizeidingen. Bei einer bedeutenden industriellen Entwickelung des Landes, die selbstverständlich Hand in Hand geht mit einer großen politischen Regsamkeit der Arbeiter, fehlte eben der höheren Erwägungen gewachsene leitende Geist des offiziellen Rechtslebens. Wie das den Kreis- und Amtshauptmannschafts-Verwaltern nicht entging, so machten auch — hem, hem, die übrigen secundum ordinem bis zu den Polizeikommissaren und Schutzleuten herunter ähnliche Wahrnehmungen. Wie weit diese Nostizepoche in das Leben der heranwachsenden Juristengeneration hereinreicht — und nicht eben segensreich! — das ergiebt die Thatsache, daß man schwer Vertheidiger in Polizeisachen und politischen Prozessen findet. Die hilfeleistenden Referendare, welche auf großen Bureaus in die Praxis sich einarbeiten, müssen da vielfältig herhalten. Aber auch sie, die zum Theil ihr zweites Staatsexamen noch zu erstehen haben, fürchten — wie heißt es doch im heiligen Rußland? — als „unzuverlässig" betrachtet und beim zweiten Rigorosum — nun sagen wir — genau ins Auge gefaßt zu werden. — Was die Folge aller dieser Dinge für das Rechtsleben im sächsischen Volke der breitesten Schichten ist und sein muß, — das kann sich wohl jeder denkende Mensch vorstellen. Wir würden es auch bei uns freimüthiger schildern, wenn wir heute nur die Erörterungen wiederholen könnten, die gepflogen wurden und ungescheut gepflogen werden konnten, selbst in der sächsischen Presse, als die Frage über den Sitz des Reichsgerichts auf der Tagesordnung stand. Wohin sind jene Tage? Auf den Reichsherrlichkeits-Rausch folgte der Reichs-Katzenjammer! Und nirgends stößt er das Volk härter an als in dem Lande, in dessen Grenzen das Reichsgericht derzeit seinen Sitz hat.

Wir haben in Frankfurt die Friedhofsaffäre gehabt, welche freisinnige Flugblätter mit der „Schmach von Olmütz" verglichen, — wir haben die tieftraurigen Hamburger Vorgänge, — die man allerdings aus der Nähe von Altona einigermaßen erklären kann — erlebt, aber der Ruhm Sachsens bezüglich reaktionärer Justiz und Verwaltung, besonders im Polizeiressort, ist niederführender als die dort wahrgenommenen vereinzelten Geschehnisse. Von den Aufsichtsbehörden wird hier zu Lande einfach alles gut geheißen. Aber der Zug tiefsten Unwillens geht hier nicht nur durch die Kreise der politisch aufgeklärten Arbeiter und durch das vielfach ebenfalls geärgerte und verletzte Bürgerthum, sondern selbst juristische Kreise sind erfaßt von einem Gefühl peinlicher Beklemmung. — Es giebt wohl kaum einen schöneren Beruf als den, dem zum Gesetze gewordenen Rechtsbewußtsein des Volkes Geltung zu schaffen, — aber das hier zu Lande herrschende System lähmt die Begeisterung für diesen Beruf ganz gewaltig. Schreiber dieser Zeilen hat auch ein gut Stück Deutschland gesehen, — aber ähnliche Erscheinungen sind ihm in keines Landes Rechtsleben begegnet wie im Lande der „hellen" und „gemüthlichen" Sachsen! Aber die Jurisprudenz bedurfte eigentlich im ganzen Reiche eine Wiedergeburt! Die juristischen Fakultäten sind einfach Seminare für wohlgedrillte Staatsbeamte und Innungs-Rechtspraktikanten, in seltenen Fällen Pflegstätten der Rechtsgelehrsamkeit, auch nur im Schulsinne. Jede andere Fakultät greift international aus: dem deutschen Jurastudirenden wird nichts von den Rechtsbildungen anderer Staaten bekannt, — von dem Eingehen auf das Volksrecht finden wir nur bei einigen Germanisten eine Spur. — Und doch soll alles Recht aus dem Rechtsbewußtsein und Rechtsgefühl des Volkes hervorgehen! Aber es giebt kaum irgendwo einen mehr „zusammenregierten" öffentlichen Geist — von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft abgesehen — als im Königreich Sachsen, — der eignet sich freilich nicht zum Rechtschaffen. Unseren Jahrhundert hat Savigny, wenn ich nicht irre, das Talent zur Gesetzgebung abgesprochen: in der zweiten Hälfte desselben ist das Menschenmögliche geschehen, dem Urquell alles Rechts, das Rechtsgefühl des Volkes, zu trüben und zu verschütten, — und nirgends ärger als bei uns! Das ist's, was ich heute auf dem Herzen hatte. —

Soziale Uebersicht.

Achtung! Klavierarbeiter und verw. Berufsgenossen. Da von verschiedenen Seiten das Gerücht ausgesprengt wird, daß in der Pianofortefabrik von May u. Ko. ca. 20 Mann angefangen hätten, sieht sich die Kommission veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben: Es ist unwahr, daß sich das Personal der Fabrik seit dem Streik irgendwie verändert hat, oder daß mehrere Arbeiter angefangen hätten; im Gegentheil: der Fabrikant hat die beiden Arbeiter, welche vorige Woche in Arbeit traten, am Sonnabend wieder entlassen. Dem zu Folge steht der Streik heute günstiger wie zu Anfang. Es erklärt nun hiermit die Kommission, daß sie in der Verbreitung unwahrer Thatsachen eine Handlung der niedrigsten Gesinnung erblickt, um die für ihren gerechten Lohn kämpfenden Arbeiter zu schädigen. Es sollen sich in dieser Art einige Stadtreisende besonders hervorthun, darum ersuchen wir die Kollegen, diesen Schmarotzern, wo es irgend möglich ist, das Handwerk zu legen. Die Kollegen werden gebeten, sich durch nichts beirren zu lassen, und die Sammlungen fleißig fortzusetzen, dann wird der Sieg bald unser sein. Die Streikkommission. J. A.: J. Meyer, Andreasstr. 12.

Erfurt, den 10. Februar. Die Erfurter Schuhmacher-Aussperrung hat ihr Ende erreicht. Nach mehrmonatlichem heldenmüthigem Widerstande waren die Ausgesperrten durch den Hunger gezwungen, sich den Bedingungen der Fabrikanten zu fügen. Fünfzig der tüchtigsten Arbeiter sind nicht wieder eingestellt worden. Sie gehen mit dem Plane um, eine Produktivgenossenschaft ins Leben zu rufen. Die Sympathie der Arbeiter ist ihnen sicher.

Theater.

Mittwoch, den 11. Februar.

Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Der Sturm.
Lessing-Theater. Hedda Gabler.
Berliner Theater. Wehe den Besiegten.
Deutsches Theater. Ehrbare Mädchen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Meißner Porzellan. Hierauf: Pariser Leben.
Wallner-Theater. Miß Helyett.
Residenz-Theater. Der selige Toupinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Belleallianee-Theater. Schelm Cupido. Vorher: Die Nachbarinnen.
Ostend-Theater. Hedda Gabler.
Adolph Ernst-Theater. Unsere Don Juans.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress**, Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Liedersängerin.
Paul Jülich, Gesangshumorist.
Mr. Goswin, Musik. Neger-Clown.
Frl. Bonné, Kostüm-Soubrette.
Gebr. Corradini, Tanz-Duettisten.
Mons. Bernard, Schnellzeichner.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 5½ Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Grosses Concert
mit **Quartett-Sängern**, ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sauftleben.
Wochentags: **Frei-Concert.**
Sonntags Entrée 20 Pf.
Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
703 **F. Sodtke.**

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
11—1 Uhr. 5—9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Jazteken.
Prof. Dr. R. Koch
im Laboratorium.
Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Entree **50 Pf.** Kinder **25 Pf.**

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Fabrik. Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

E. Strauss, Schneidermstr.,

Blumenstr. 46, part., [106 L
empfiehlt sich zur Anfert. **eleg. Herren-Garderoben.** Für **guten Sitz u. saubere Arbeit** wird garantirt. **Lager v. Stoffen in grosser, geschmackvoller Auswahl.**
Koulante Zahlungsbedingungen!

445b **Nur 1 Mark.**
Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Naupachstr. 7, I.** Auch Sonntags.

Rohtabak! Beste Auswahl sämmtlicher Sorten.
Billigste Preise. [36L
Eberhard Herz, Prinzenstr. 38.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
Mittwoch, den 11. Februar, Abends 7½ Uhr:
Grosse Vorstellung
mit vorzüglich gewähltem Programm. Besonders hervorzuheben: Altdeutsche Quadrille, geritten von 6 Damen und 6 Herren. Auftreten der Equilabristin Miß Footit. Monopol, russischer Rapphengst in der höheren Schule geritten von Herrn Max Schumann. Reitkünstlerin Frl. Rosa. Faust und Gretchen, in Freiheit vorgeführt von Herrn Ernst. Mr. Achilles als Jockey. Albert, Fuchshengst, in allen Gangarten der hohen Schule geritten von Frl. Adele Schumann. Auftreten sämmtlicher Clowns.
Zum Schluß der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Eine ländl. Hochzeit.
Sensationelle Wasserpantomime.
Spezialität: 4 Wassernymphen.
Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm. Eine ländliche Hochzeit.

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Lacke'schen Markt. [746

Nur 1 Mark
kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis **vorher** gesagt. 22 L
Lager aller Arten **Uhren, Ketten, Ringe** 2c.
Otto Eleser,
Uhrmacher (Fachmann),
Naunynstr. 15, Ecke Mariannenstr.

Butter-Handlung

von
Bernh. Müller,
Neue Roßstraße 1
empfiehlt:
ff. Tischbutter
Pfund 1 Mk.
ff. Bratenschmalz Pfd. 55 Pf.
Prima Sardellen Pfd. 80 Pf.
Frische Eier Mandel 60 Pf.
Ullersdorfer Sahnenkäse Stück 20 Pf.
(weich und gelb). 857
Thüringer Kümmelkäse 3 Stück 25 Pf.

Eisenwaaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräthe

E. Vogtherr, Berlin C.,
Landsbergerstr. 64, am Alexanderpl.
Stephanstr. 16 (Moabit). [1381.
Sonntags geschlossen.

Jede Uhr

zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens **nur 1 M. 50 Pf.** (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 42 L
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher.
Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, Alte Schönhauserstr. 25.

Alte Drehbänke zu 35 M., fast neue Wiener zu 65 M., Reichenbergerstr. 63a, Perlmutterwaaren-Fabrik. 157L

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23,** H.p.

Versicherungen. [433b
Zur Uebernahme von Mobiliar-, Glas- und Lebens-Versicherungen empfiehlt sich die General-Agentur der „Union", Hedemannstr. 4. Gewandte Leute werden als Vertreter bei hohem Einkommen zu engagiren gesucht.

Resterhandlung [109L
empfiehlt **Karle, Waldemarstr. 66.**

70 cm breiter Atlas in allen Farben, bester Qualität, Met. v. 4 M. an. 162L] **Kochmann,** Alte Jakobstr. 86.

Speise-Leinöl frisch und garantirt rein, empfiehlt die Fabrik-Niederlage von **M. Krüger, Skalitzerstr. 105.**

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Unserm Freund und Vize-Dirigenten Herrn **Emil Schrock** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! 23b **J. H.**

Unserm Freunde **Paul Ertel** ein dreimal donnerndes Hoch, daß der ganze Heinrichsplatz wackelt und das Eichhörnchen vor Freuden zappelt.
444b **W. K. G. F. O. H. A. Gr.**

Am 8. Februar verstarb nach kurzem Krankenlager unser Freund u. Sangesbruder
Otto Daberkow.
Wir verlieren in ihm einen treuen Genossen und Mitgründer des Vereins, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. 446b
Gesang-Verein Bruderherz.

Danksagung.
Für die Beileidsbezeugung und die große Theilnahme bei der Beerdigung unserer geliebten Tochter Anna, namentlich dem Gesangverein „Liedesfreiheit", unseren tiefgefühlten Dank.
164 L Die trauernden Eltern
E. & M. Wilschke.

Achtung, Steinbildhauer!

Der Platz **Zeidler,** Schles. Güterbahnhof-Platz 9, ist bis auf Weiteres für die Stellenvermittelung der Bildhauer Berlins **gesperrt.**
Die Kommission der Bildhauer Berlins.

Achtung, Steinbildhauer!

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8½ Uhr, stattfindenden Versammlung des Gauvereins Berliner Bildhauer zu erscheinen.
Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung **Prinzenstr. 87** tagen wird.
283 **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse der Tischler u. Pianoforte-Arbeiter.

Donnerstag, 19. Febr., Abends 8 Uhr, bei **Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75.
General-Versammlung
der
Vertreter d. Kassenmitglieder und der **Arbeitgeber.**
Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1890 nebst Bericht der Revisoren.
2. Antrag von Kietz und Genossen: „In jedem Stadttheil Personen zu wählen, welche Medizinscheine und den ersten Haus-Krankenschein unentgeltlich ausstellen sollen.

439b **Der Vorstand.**

Die Beleidigung, welche ich gegen Frau Knappe, Boeckhstr. 45 gethan, ist in Uebereilung geschehen. Ich nehme die Worte zurück und erkläre dieselbe für eine ehrliche Frau. 441b
Frau **Kohm.**

Todesfalls halber flottes **Vorkost- u. Gemüse-Geschäft** sofort zu verk. Gute Brotstelle (Parterre-Laden).
Näheres bei **H. Caspar,** Restaurateur, Bernauerstr. 72. 442b

152 Schönhauser Allee 152
15 kleine Wohnungen. 161L
Stube u. Kuche. — 2 Stuben u. Küche.

Wohnungen v. 50 bis 70 Thaler **Forsterstraße 51/52.** 30 M

Hut-Fabrik

von **P. Diederich**
(Gegründet 1874.) 963
1. Gesch.: **Oranienstraße Nr. 9.**
2. „ **Mariannenstr. 43,** Ecke Skalitzerstraße.
Größte Ausw. in **Filz- u. Seidenhüten mit Arbeiter-Kontrollmarken.**
Bitte genau auf Hausnummer z. achten.

5. Fischerstraße 5.
ff. Mittagstisch mit Bier 50 Pf., 4/10 Liter Patzenhofer 10 Pf., sowie gemüthliches Vereinszimmer empfiehlt
1872] **J. V. Schimmel.**

Zithern, Spezialität, Cöllnischer Fischmarkt 1, 3 Tr. 294J

Arbeitsmarkt.

Eine größere Anzahl geübter **Knopf-Fraiser** verlangt Horn-Knopf-Fabrik **Greifswalderstr. 22.** 158L

Versilberer auf breite Leisten und **Baroquevergolder** verlangt
August Werkmeister jr.,
50P Brunnenstr. 151/152.

Tüchtiger Werkführer
für eine **Kohleisten-Fabrik** gesucht. Adr. abzugeb. u. **R. 2366** an **Püttner's Annoncen-Bureau,** Rosenthalerstr. 42.

Kreissägenschneider a. Goldleisten findet dauernde Beschäftig. Adr. unt. **S. 2367** an **Püttner's Annoncen-Bureau,** Rosenthalerstr. 42. 50P

Tüch. Silber-Presser verl. Sebastianstr. 20.

Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8½ Uhr:
Allgemeine
Buchdrucker-Versammlung
im großen Saale der **„Brauerei Friedrichshain",** am Königsthor.
Tages-Ordnung:
1. **Die Lohnverhältnisse der Buchdruckergehilfen in der Reichsdruckerei.**
2. **Das Verhalten des hiesigen Magistrats gegenüber dem Deutschen Buchdrucker-Tarif.**
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**
NB. Die Herren Reichstags-Abgeordneten **Albert Schmidt** (Buchdrucker), **Paul Singer** und **W. Dietz** (Buchdrucker) sind hierzu besonders eingeladen. 159 L

Achtung! Berliner Streik-Kontrollkommission. Achtung!
Freitag, den 13. Februar 1891, Abends 8½ Uhr:
Oeffentliche Versammlung
der Delegirten z. Berl. Streik-Kontrollkommission
bei Deigmüller, Alte Jakob-Strasse Nr. 48a.
Tages-Ordnung:
1. Wie verhält sich die Berliner Streik-Kontrollkommission zur Lohnreduktion der Glasarbeiter? 2. Der Streik der Steindrucker und Hilfsarbeiter bei Oestreich u. Hartmann. 3. Bericht über den Vergolder-Streik. 4. Verschiedenes.
Um 9 Uhr Verlesung der Präsenzliste.
264/2 **Der Einberufer.**

Zimmerleute!

Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 Uhr:
Grosse öffentliche
Versammlung der Zimmerer Berlins
bei **Feuerstein,** Alte Jakobstraße 75.
Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der Konferenz der Bauhandwerker Berlins event. Wahl der Delegirten. 2. Abrechnung des Zimmererstreiks in Stettin 1890. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
351 **Der Einberufer: Ortland.**

Grosse öffentliche
Versammlung der Maler
und verw. Berufsgenossen Berlins und Umgegend
am Freitag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr,
in Orschel's Salon, Sebastian-Straße Nr. 30.
Tagesordnung: 1. Der Aufruf zur Konferenz der Bauhandwerker Berlins am 15. Februar 1891. 2. Eventuelle Wahl der Vertrauensmänner. 3. Bericht der Streik-Kontrollkommission. Referent: Kollege **Joseph Hohlwegler.** 4. Verschiedenes. 138 b
Um rege Betheiligung ersucht **Der Vertrauensmann.**

General-Versammlung der Putzer
Berlins und Umgegend
am Freitag, 13. Februar, Abends 7½ Uhr, Inselstr. 10 bei Scheffer.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Generalfonds vom 4. Quartal 1890. 2. Stellungnahme zur Gewerkschafts-Konferenz resp. Wahl von Vertretern. 3. Verschiedenes.
246 **Der Einberufer.**

Achtung! Vergolder! Achtung!
Große öffentliche Versammlung der Vergolder, Vergolderinnen u. Berufsg.
am Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakob-Straße 75.
Tages-Ordnung:
1. Lage unseres Streiks. (Bericht des Streik-Komitees.) 2. Verschiedenes.
NB. Die Kollegen von **Kutitz & Imberg, Adolph Werkmeister, Ruthenberg** sowie die Versilberinnen werden aufgefordert, vollzählig zu erscheinen.
Das Streik-Komitee.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w.
Oertliche Verwaltungsstelle Berlin B.
Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Saale „Dresdener Garten", Dresdenerstraße Nr. 45.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1890.
2. Vortrag des Herrn **Dr. Grosser** über: Epidemische Krankheiten.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimirt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
301 **Die Ortsverwaltung.**

Berlin S. A. Schulz Berlin S.
34 Wasserthor-Straße 34. 160 L
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
Gediegene Arbeit. Zeitgemässe Preise. Coulante Zahlungsbedingungen.

Überall verlange man Tobias flüssige Chokolade à Flasche 15 Pfg. **bacterienfrei**
5 Li **Fabrik Berlin O., Blumenstrasse No. 70.** Fernspr. 7 b Nr. 610.

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 35. Mittwoch, den 11. Februar 1891. 8. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung vom 10. Februar. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Marschall, von Maltzahn.

Ohne Debatte erledigt das Haus in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung des Reichshaushalts-Etats für 1891—92 (Ministerresidentur in Luxemburg 28 500 M.) und setzt darauf die zweite Berathung des Reichshaushalts-Etat fort und zwar beim Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Referent Abg. **Hartmann** führt beim Titel 1 Zölle (314 620 000 M.) aus, daß in der Kommission befürwortet worden sei, die Zölle erheblich höher, nämlich auf 350 Millionen Mark zu veranschlagen mit Rücksicht auf die jetzt schon bekannte Höhe der Zolleinnahmen des laufenden Etatsjahres und auf die gestiegene Zahl der Bevölkerung. Die Kommission glaubte aber darauf nicht eingehen zu können, zumal der Abschluß des laufenden Etatsjahres noch nicht vorliege, und die letzten Monate desselben noch Aenderungen der Einnahme mit sich bringen können.

In Verbindung mit diesem Titel wird berathen eine kaiserliche Verordnung über die Ausdehnung der Zollermäßigungen des deutsch-italienischen und deutsch-spanischen Handelsvertrags auf Marokko.

Abg. **Brömel** (dfr.): Wir haben uns über die Zölle schon mehrfach eingehend unterhalten, und es wird die Session nicht zu Ende gehen, ohne daß wir uns nochmals darüber unterhalten werden. Die Zolleinnahmen sind unberechenbar; deshalb sollten sie auch nicht in dem Maße zur Grundlage unserer Finanzwirthschaft dienen, wie dies leider jetzt der Fall ist. Die am meisten schwankende Zolleinnahme ist die aus den Getreidezöllen. Deshalb wird die Beseitigung derselben auch vom finanziellen Standpunkte aus wichtig sein. Wenn der Handelsvertrag mit Oesterreich abgeschlossen wird unter Herabsetzung der Getreidezölle, so wird man darauf halten müssen, daß keine Differentialzölle eingeführt werden. Redner erklärt es dann für selbstverständlich, daß die Kaiserliche Verordnung wegen der Zollermäßigung für Marokko der Genehmigung des Reichstags unterliegt, und fragt, weshalb diese Verordnung nicht schon früher dem Reichstage vorgelegt worden sei. Außerdem wünscht Redner Auskunft darüber, ob wegen des Abschlusses von Handelsverträgen mit Italien und Spanien verhandelt werde.

Staatssekretär **von Maltzahn**: Die Verordnung wegen der Zollermäßigungen für Marokko hätten dem Reichstage schon früher vorgelegt werden können, wenn die verbündeten Regierungen nicht die Hoffnung gehabt hätten, daß die schwebenden Verhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages mit Marokko bald zu Ende geführt sein würden; die Verordnung sollte dann mit dem Vertrage zusammen vorgelegt werden. Die Frage, ob mit Spanien und Italien Handelsvertrags-Verhandlungen schweben, bin ich augenblicklich zu beantworten nicht in der Lage.

Die Zölle werden genehmigt, ebenso die Verordnung wegen Marokko.

Beim Titel 2: Tabaksteuer 10 535 000 M. fragt

Abg. **Buhl** (natl.), ob die Regierungen die Wünsche des Reichstages wegen Erleichterungen bei der Erhebung der Tabaksteuer in Erwägung gezogen hätten.

Staatssekretär **von Maltzahn**: Die betreffenden Verordnungen sind vom Bundesrath bereits erlassen und dem Reichstage zur Kenntnißnahme vorgelegt worden; die Drucksachen dürften vielleicht noch nicht allen Mitgliedern des Reichstags zugegangen sein.

Abg. **Menzer** (dk.) beantragt: „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag möglichst noch in dieser Session eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Zollsatz für Tabaksblätter, unbearbeitete und Stengel, von 85 M. für 100 Kilogramm auf 125 M. zu erhöhen und die bestehende Tabaksteuer von 45 M. auf 24 M. zu ermäßigen ist.“ Der Antragsteller führt aus, daß früher zwischen der Tabaksteuer und dem Zoll das Verhältniß von 1 : 6 bestand, während es jetzt 1 : 1,88 ist. Dazu kommt noch, daß die ausländischen Tabake in fermentirtem Zustande eingeführt werden, während die Steuer meist vom unfermentirten inländischen Tabak erhoben wird. Dadurch werden die Tabakbauer geschädigt, und namentlich in Süddeutschland wird das schmerzlich empfunden. Die Wünsche der Tabakpflanzer sind ja schon mehrfach an den Reichstag gekommen und werden wohl so lange nicht von der Tagesordnung verschwinden, bis sie erfüllt sind. Der Zoll ist nicht hoch genug, um die ausländische Konkurrenz abzuhalten. Die Preisbewegung zeigt, daß gerade die schlechtesten inländischen Tabaksblätter die höheren Preise haben; das Sandblatt wird besser bezahlt als die besseren Tabaksblätter, weil das Sandblatt keine ausländische Konkurrenz hat. Die Tabakpflanzer wünschen beinahe das Monopol herbei; denn thatsächlich stehen sie fast einem Monopole der Rohtabakhändler gegenüber, welche in der Lage sind, die Preise zu drücken. Die Herren von der linken Seite könnten dem Antrage ruhig zustimmen, da die Steuerermäßigung eine Erleichterung für den Tabak des armen Mannes ist, während die Erhöhung des Tabakzolles die reichen Leute trifft.

Abg. Dr. **Höffel** (Reichsp.): Sie werden es begreifen, daß ich als Elsässer Anhänger des Tabakmonopols bin, welches in Frankreich 340 Millionen einbringt. In Elsaß-Lothringen ist der Tabakbau infolge der deutschen Tabaksteuer erheblich zurückgegangen. Es ist Pflicht der verbündeten Regierungen, dafür zu sorgen, daß den Tabakpflanzern geholfen wird. Die Verbesserung der Qualität des Tabaks führt allein nicht zum Ziele. Zur Erleichterung der Konkurrenz sollte man die Abfälle (Stengel u. s. w.) in der Steuer ermäßigen. Die Petitionen beweisen, daß in Elsaß-Lothringen und in Süd-Deutschland der Tabakbau krankt. Bei der ständigen Zunahme der städtischen Bevölkerung müßte man dafür sorgen, daß die kleinen Landwirthe in eine bessere Lage gebracht werden.

Abg. **Förster** (Soz.): Die Erhöhung des Zolles für ausländischen Tabak hat meine Partei stets abgelehnt. Der Antrag ist außerordentlich einseitig vertreten worden; er wirkt nicht nur auf unseren Tabakbau, sondern auf unsere gesammte Tabakindustrie. Ich bin Tabaksmensch von der Wiege auf und kenne die Sache. Die Zollerhöhung für ausländischen Tabak wird unseren Tabaksbauern nicht einmal nützen. Herr Menzer sagte bereits, daß unsere Tabaksbauern den Händlern auf Gnade und Ungnade ergeben sind. Wird der Zoll erhöht, so wird die Konsumtion eingeschränkt, und dann machen die Händler den Tabaksbauern erst recht die Preise, ebenso wie beim Monopol. Die Verbesserung der Qualität des inländischen Tabaks ist ein erfolgloses Bemühen, denn das hängt von den klimatischen Verhältnissen ab. Die Erhöhung des Tabakszolles hat für die Tabaksbauer auch keinen so großen Vortheil gehabt, wie erwartet wurde. Unser inländisches Produkt ist zu wenig blatthaltig und liefert zu viel Abfälle, und dagegen ist nichts zu machen. Durch eine abermalige Zollerhöhung würde das Produkt sehr theuer infolge dessen entweder der Konsum eingeschränkt werden oder man würde inländisches Produkt rauchen. Die Gesetzgebung sollte doch den Konsumenten nicht vorschreiben, welches Produkt sie konsumiren sollen. Oder glaubt man, daß die Konsumenten aus reiner Vaterlandsliebe sich daran gewöhnen sollen, mit größerem Wohlgefallen das Zeug zu rauchen, das einem die Zunge wund beißt? Der Antrag Menzer würde abermals die Lage der in der Tabaksindustrie Beschäftigten verschlechtern. Durch die Zollerhöhung von 1879 ist bereits der Konsum zurückgegangen und die Tabaksindustrie ist heute nicht mehr wie früher als blühend zu bezeichnen. Die Zahl unserer Tabaksbauer ist gering im Verhältniß zu der Produktion, die von dem Ausland hereinkommt. Die Gesetzgebung darf nicht zu Gunsten einer kleinen Gruppe Erleichterungen gewähren, wenn sie dadurch größeren Massen der Bevölkerung Schaden zufügt. Für die Herabsetzung der Steuer für inländischen Tabak werden wir stimmen, dagegen die Zollerhöhung des ausländischen ablehnen.

Abg. **v. Winterfeldt** (dk.): Es wird Ihnen bekannt sein, daß in der Uckermark auch Tabak gebaut wird. (Zuruf links: Leider!) Der Tabak der Uckermark ist besser als sein Ruf; ich habe ihn selbst geraucht. (Heiterkeit.) Die Tabakspflanzer meiner Heimat stehen vollständig auf dem Boden des Antrages Menzer. Es handelt sich dabei nicht um agrarische Interessen, um einen Vortheil für die Großgrundbesitzer, sondern lediglich um eine Frage, die den kleinen Mann angeht.

Staatssekretär **v. Maltzahn**: Als Vertreter der verbündeten Regierungen kann ich mich nur auf die vorgelegte Denkschrift beziehen, in welcher die meisten der hier angeregten Punkte bereits erörtert worden sind. Für Elsaß-Lothringen wird eine Verbesserung der Qualität wohl nicht mehr möglich sein; die Schwierigkeiten liegen dort auf einem andern Gebiete. Elsaß-Lothringen muß sich auf neue Absatzverhältnisse einrichten. Der Geschmack der Raucher hat sich von der Pfeife ab- und der Zigarre zugewandt. Infolge dessen finden die schweren elsässer Tabake keinen Absatz mehr. Sollte der Reichstag dem Antrage zustimmen, so würde sich daraus für die verbündeten Regierungen die Pflicht der erneuten Prüfung der Frage ergeben; aber eine veränderte Stellungnahme würde sich nur dann für sie ergeben, wenn neue Gesichtspunkte zu Tage treten würden, was bisher nicht der Fall gewesen ist.

Abg. **Scipio** (natl.): Der Rückgang des Tabakbaues wird von allen Seiten anerkannt. Es wird übersehen, daß ein großer Theil unserer Tabakernte in das Ausland geht. In den siebziger Jahren sind zwischen 13 und 14 000 Tonnen Tabak ausgeführt worden. Deshalb ist es sehr erfreulich, daß die Zollbehandlung der Rippen erleichtert worden ist. Vielleicht werden auch noch auf anderen Gebieten Erleichterungen geschaffen. Bedauerlich sei es, daß die Regierung den Wünschen nicht entgegengekommen sei, wonach für den durch Hagelschlag beschädigten Tabak Steuer-Erleichterungen zugelassen werden sollen. Daß im Elsaß-Lothringen noch sehr viele Sympathien für das Tabakmonopol aus französischer Zeit bestehen, weiß ich. Man vergißt in Elsaß aber, daß in Deutschland das Monopol anders wirken würde, als in Frankreich. Bei der Einführung des französischen Monopols wurden die schweren Tabaksorten hauptsächlich gebraucht. Elsaß-Lothringen wurde deshalb für den Anbau der schweren Tabake gewählt, und auf diese Entwickelung hat die Monopolverwaltung immer Rücksicht genommen. Bei Einführung des deutschen Monopols würde aber auf die jetzt herrschende Geschmacksrichtung Rücksicht genommen werden müssen, und das würde für Elsaß-Lothringen viel schlimmer werden, als es jetzt ist. Deshalb sollten die Elsässer nicht so viel vom Monopol sprechen. Die Gewichtsteuer trifft den guten und schlechten Tabak gleichmäßig; man kann mit der Gewichtsteuer deshalb nur bis zu einer gewissen Grenze gehen, und ich glaube, diese Grenze ist überschritten. Deshalb werde ich für die Ermäßigung der Steuer, aber gegen die Erhöhung des Zolles stimmen. Durch die Steuerermäßigung wird der Verbrauch inländischen Tabaks etwas gehoben werden. Auf allen Seiten dieses Hauses wird Sympathie vorhanden sein für eine Unterstützung der kleinen Landwirthe. (Beifall.)

Abg. **Barth** (dfr.): Es wird der Regierung hier eine Mehreinnahme angeboten aus dem Tabakzoll lediglich deshalb, um die deutschen Konsumenten zu zwingen, den schlechten inländischen Tabak, den man jetzt nicht rauchen will, zu rauchen und recht theuer zu bezahlen. (Sehr richtig! links.) Gerade der elsässische Tabak wird am wenigsten zum Gebrauch verlangt. Die Liebe der Elsässer zum deutschen Vaterlande soll sich ja heben lassen durch wirthschaftliche Maßregeln, welche die Elsässer besonders begünstigen, die sich aber sonst nicht vertheidigen lassen. Wir würden vielleicht einige tausend Elsässer zu guten Deutschen machen, wenn wir das Tabaksmonopol einführten. Der Zoll auf ausländischen Tabak trifft nicht blos die reichen Leute. Von den mehr als 400 000 Doppelzentner ausländischen Tabaks ist der größte Theil der billigere Tabak, den die armen Leute verbrauchen. Die Vertheuerung der Tabaksfabrikate würde einen Rückgang des Verbrauchs herbeiführen und dadurch die Tabakindustrie erheblich schädigen. Wir bitten deshalb, den Antrag rundweg abzulehnen.

Der Antrag Menzer wegen der Erhöhung des Zolles wird gegen die Stimmen einzelner Konservativer abgelehnt; bei dem Antrag wegen der Steuerermäßigung ergiebt sich eine zweifelhafte Abstimmung, welche zur Zählung des Hauses führt; dieselbe ergiebt die Anwesenheit von nur 153 Mitgliedern, während 199 zur Beschlußfähigkeit erforderlich sind. Die Verhandlung wird daher abgebrochen.

Schluß 8¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Etat der Zölle und Verbrauchssteuern, Petitionen und Antrag Stöcker wegen der Missionen in den Kolonien.)

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 10. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Goßler, Herrfurth, Miquel, v. Heyden.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahn-Netzes.

Zur dritten Berathung steht der Entwurf eines Wildschaden-Gesetzes.

Abg. **v. d. Reck** (kons.) erklärt, trotz großer Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes doch im Ganzen für dasselbe stimmen zu wollen.

Abg. **Brandenburg** (Zentrum): Das Wichtigste an dem ganzen Gesetz ist mir, daß hier prinzipiell ein Anspruch auf Schadenersatz für Wildschaden anerkannt wird, und ich begrüße dasselbe als einen Fortschritt innerhalb der Bestrebungen zur Besserung der Lage des kleinen Landwirths.

Abg. **v. Rauchhaupt** (kons.): Im Namen meiner politischen Freunde kann ich folgende Erklärung abgeben: Ein Theil von uns wird für das Gesetz stimmen, obwohl er die schwersten Bedenken gegen das Gesetz hat nur deshalb, weil man auch dem anderen Hause Gelegenheit geben will, sich über die Materie auszusprechen; der andere Theil hat, obgleich er prinzipiell eine Entschädigungspflicht für Wildschaden anerkennt, solche Bedenken besonders gegen die Beschlüsse der zweiten Lesung, daß er auch in dritter Lesung gegen das ganze Gesetz stimmen wird.

Abg. **Conrad** (Z.): Ich glaube, der Minister wird zustimmen können. Aber auch nach Annahme des Gesetzentwurfs durch die Regierung wird es nöthig sein, daß die großen Jagdbesitzer dem kleinen Manne mit Wohlwollen entgegenkommen.

Abg. **Strutz**: Namens der Freikonservativen kann ich eine ähnliche Erklärung abgeben, wie der Abg. v. Rauchhaupt. Eine große Mehrheit meiner Freunde wird für den Entwurf stimmen, obgleich er ihnen durchaus nicht in allen Stücken sympathisch ist. Ich beabsichtige den § 1 nicht zu ändern, also eine Schadensersatzpflicht auch für Rehe und Fasanen anzuerkennen, aber im § 5 die Rehe und Fasanen zu streichen.

Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Spezialdebatte beantragt zu § 1

Abg. **von Dobeneck**, die Kommissionsvorlage wieder herzustellen und eine Schadensersatzpflicht für Rehwild und Fasanen nicht anzuerkennen.

Der Antrag wird abgelehnt und § 1 nach dem Beschlusse zweiter Lesung angenommen, desgleichen §§ 2—4.

Bei § 5 bemerkt

Abg. **v. d. Reck**: Wenn Sie sich nicht entschließen, für Rehwild und Fasanen jetzt den Regreß abzulehnen, machen Sie das Gesetz für Alle, die etwas von der Jagd verstehen, unannehmbar, und Sie thun damit der Sache selbst den größten Schaden; nehmen Sie also meinen Antrag wegen des Ausschlusses des Schadenersatzes für Rehe und Fasanen an.

Abg. **Strutz** begründet einen Antrag, der den Regreß für Rehe beseitigen und nur für Schwarz-, Elch-, Roth- und Damwild einen solchen anerkennen will.

Abg. **Francke** (Tondern) meint, daß es sehr wohl nachzuweisen sei, aus wessen Gebiet Rehe und Fasanen ausgetreten seien, daß deshalb auch ein Regreß geschaffen werden müsse, wenn man das Gesetz nicht in Bezug auf einen der wesentlichsten Punkte unwirksam machen wolle.

Der Antrag von der Reck wird mit großer Majorität abgelehnt; der Antrag Strutz wird gegen die Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und der nationalliberalen Abgg. Seer, Hobrecht, v. Benda, v. Eynern und eines Theiles des Zentrums abgelehnt, § 5 in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Zu § 7 beantragt Abg. Rintelen, den Anspruch auf Schadenersatz nicht bei der für das geschädigte Grundstück zuständigen Orts-Polizeibehörde, sondern bei dem Gemeindevorsteher anmelden zu lassen.

Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller wird der Antrag mit 154 gegen 147 Stimmen verworfen.

Zu § 13, der den Besitzern von Obst-, Wein-, Gemüse-, Blumen- und Baumschul-Anlagen das Recht zuspricht, Vögel und Wild, welche Schaden anrichten, abzuschießen, wird ein Amendement Herold angenommen, welcher den bezeichneten Besitzern das Recht zuspricht, die Schaden anrichtenden Thiere „zu jeder Zeit“ abzuschießen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen.

Vor der Schlußabstimmung nimmt das Wort

Minister **v. Heyden**: Im Laufe der Verhandlungen ist der Wunsch ausgesprochen, daß ich die Beschlüsse dieses Hauses vor dem Herrenhause mit voller Ueberzeugung vertreten möchte. Dieses würde ich nur können, wenn ich selbst von der Güte der Sache überzeugt wäre, was ich für alle Bestimmungen des Entwurfs nicht behaupten kann, besonders angesichts der schwankenden Majoritäten, mit denen die Beschlüsse gefaßt worden sind. Ich werde mich nach wie vor bemühen, daß aus den Berathungen beider Häuser ein praktisches Ergebniß zu Stande kommt, und gebe die Hoffnung auf eine endgiltige Regelung der Angelegenheit noch nicht auf.

Darauf wird das Gesetz im Ganzen angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Antrages Bachem auf Annahme eines Gesetzentwurfs, welcher das Gesetz von 1851/73, betreffend die Klassen- und Einkommensteuer, dahin ändern will, daß in denjenigen Landestheilen, in welchen für die Gemeindevertreter-Wahlen die Wähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in Abtheilungen getheilt werden, allgemein der Zensus auf 6 Mark festgesetzt werden soll. Das Gesetz soll am 1. April 1892 in Kraft treten und ortsstatutarische Bestimmungen, welche einen höheren Zensus festsetzen, an demselben Tage ihre Giltigkeit verlieren.

Abg. **Fritzen** (Burken) begründet den Antrag, der den einschneidenden Aenderungen, welche das neue Einkommensteuer-Gesetz bezüglich des Gemeinde-Wahlrechts in der Richtung einer Verminderung desselben mit sich führen würde, entgegenzuwirken bestimmt ist. Redner setzt auseinander, daß auf diese Weise ohne die Aufbietung eines umfassenden gesetzgeberischen Apparats die Verkümmerung des Wahlrechts der in die dritte Klasse gehörigen Wähler, wie sie infolge des neuen Einkommensteuergesetzes zu befürchten sei, abzuwenden sein werde und bittet das Haus, dem Vorschlage ohne Voreingenommenheit und freundlich gegenüber zu treten.

Abg. **v. Eynern** erkennt zwar die lobenswerthe Tendenz des Antrags an, kann sich aber mit seinem Inhalt nicht befreunden. Allerdings sei das Spatium von 6 bis 36 M., an welches die Gesetzgebung gegenwärtig die Berechtigung zu den kommunalen Wahlen knüpft, ein sehr weites, und richtiger wäre es vielleicht, dieses Spatium auf die Ausdehnung von 6 bis 18 M. zu beschränken, aber einfach die Verschiedenartigkeit der kommunalen Verhältnisse ganz unberücksichtigt zu lassen, könne man im Interesse der Gemeindefreiheit nicht verantworten. Der Antrag bedürfe schon seiner Form wegen eingehender Kommissionsberathung. Auch die nationalliberale Partei wünsche eine Verschiebung des Kommunalwahlrechtes nicht, und werde sich deshalb an den vorbeugenden Bemühungen in dieser Richtung eifrig betheiligen.

Minister des Innern **Herrfurth**: Ich erkläre für meine Person, nicht namens der Staatsregierung, daß ich unter gewissen Voraussetzungen mit der Tendenz des Antrages einverstanden bin. Die erste Voraussetzung besteht in dem Zustandekommen des Einkommensteuergesetzes. Der Antrag besteht allerdings für sich und kann bestehen ohne Rücksicht auf eine Steuerreform, wie es ja 1886 der Fall war. Aber damals ist jener Antrag von der Regierung bekämpft und vom Hause abgelehnt worden. Die Gründe von damals würden auch jetzt ausschlaggebend sein, wenn nicht die Einkommensteuervorlage dazwischen gekommen wäre. Kommt dieses in der Form zu Stande, wie es von der Kommission empfohlen wird, so liegt die Frage ganz anders. Die schärfere Heranziehung der höheren Einkommen in Verbindung mit der Deklaration wird sicherlich Verschiebungen in dem Wahlrecht zu Gunsten der beiden oberen Klassen und zu Ungunsten der dritten herbeiführen; diese Verstärkung des plutokratischen Uebergewichts, wie es 1886 genannt wurde, zu neutralisiren, ist die löbliche Tendenz des Antrages. Wenn aber der Antrag eine feste Normirung des Zensus auf 6 M. will, so geht er weiter, als jene Absicht es bedingt. Ich stehe persönlich auch dieser festen Normirung durchaus sympathisch gegenüber. Den Ortsstatuten würde ich überhaupt höchstens eine Erweiterung, nicht aber eine Beschränkung des kommunalen Wahlrechts, dieses Grundrechts der städtischen Bevölkerung, zugestehen. (Sehr gut! im Zentrum.) Ich unterscheide mich da von Herrn v. Eynern, welcher eine solche Beschränkung unter der hier nicht ganz richtig angebrachten Firma der „Freiheit der Städte“ befürwortet. Was

die Form anlangt, so halte ich es nicht für sehr glücklich, daß dieser Antrag einen integrirenden Bestandtheil des Gesetzes von 1873 bilden soll; denn nach dem letzten Paragraphen des Einkommensteuer-Gesetzes tritt dieses am 1. April 1892 außer Kraft, also an demselben Tage, an welchem der Antrag Bachem in Kraft treten soll. In der Sache selbst hat man eine allgemeine Fassung gewählt, obwohl sich die Anwendung der vorgeschlagenen Vorschrift lediglich auf die Rheinprovinz beschränkt, auf alle andern Gemeindeverfassungs-Gesetze sich nicht erstreckt. Warum dieses Versteckenspielen? Warum nicht einfach die Abänderung des § 5 der rheinischen Städteordnung beantragen? Ich vermuthe, man wollte nicht klar hervortreten lassen, daß es sich nur um ein Provinzialgesetz handele. (Widerspruch im Zentrum.) Ein erhöhter Zensus bestand 1886 in 67 Städten der Rheinprovinz, also etwa in der Hälfte aller Städte, davon hatten 6 Städte einen Zensus von 18, 59 von 12, 2 von 9 M. Da sich die Wirkung einer Herabsetzung absolut nicht übersehen läßt, müssen die Gemeinden, sowie die Bezirksregierungen und der Provinziallandtag gehört werden. Das Staatsministerium ist also zur Ausgleichung der Ungleichheiten, welche die Ausführung des neuen Einkommensteuergesetzes mit sich bringen wird, bereit; über das Weitergehende des Antrags, was ihr ebenfalls keineswegs unsympathisch ist, hält sie eine gründliche Prüfung für unabweislich.

Abg. **Bachem** (Mülheim): Die erste und direkteste Veranlassung zur Einbringung unseres Antrages haben die Verhältnisse der Rheinprovinz gegeben. Welcher vernünftige Grund kann denn noch geltend gemacht werden, um die in der Rheinprovinz noch bestehende Anomalie, daß der Zensus für die Gemeindewahl-Berechtigung bis auf 36 M. hinaufgeschraubt werden kann, nicht endlich zu beseitigen? Bei der Berathung der rheinischen Städte-Ordnung von 1856 haben sich die sämmtlichen Vertreter der Rheinprovinz kräftig gegen diese Bestimmung gewehrt, aber leider erfolglos. Diese Anomalie ist im Laufe der Jahre immer drückender, immer ungerechter geworden; viele Tausende von Wählern sind dadurch vom Gemeindewahlrecht in den rheinischen Städten ausgeschlossen, und dieser Ausschluß ist geschehen, obwohl die öffentlichen Lasten im Laufe derselben Jahre sich ganz bedeutend vermehrt haben und zu den hohen Sätzen noch ein viel größerer Betrag an indirekten Steuern hinzutritt. Thatsächlich fängt in Köln das Wahlrecht erst an bei Denjenigen, welche mindestens 45 M. Steuern zahlen. Dazu kommt nun die Wirkung des neuen Steuertarifs, der gegen die Vorlage noch erhöht worden ist. In welchem Maße durch diese Tarife die Wahlberechtigung nach oben verschoben ist, hat man zur Genüge aus der Probeveranlagung für Köln gesehen; die Wahlberechtigung der unteren und mittleren Klassen wird ganz erheblich beeinträchtigt; denn zur ersten Klasse werden statt 685 nach dem neuen Tarife nur 395 Personen gehören. (Hört, hört! im Zentrum.) Schon jetzt fängt die Wahlberechtigung der zweiten Klasse erst bei einem Steuersatze von 163 M. an; die Einkommen von 5000 M. fallen jetzt schon in die dritte Klasse; nach der Verschiebung durch den neuen Tarif werden alle Regierungsräthe, der Polizeipräsident, kurz fast alle höheren Beamten, in die dritte Klasse rutschen. Ist das der Gedanke, den man bei der Konstruktion des Dreiklassen-Wahlsystems hatte, wenn man überhaupt einen Gedanken dabei gehabt hat? (Heiterkeit.) Die Verschiebung des Dreiklassen-Wahlsystems hat sich immer mehr zu Gunsten des Besitzes verschoben; man kann diese üble Verschiebung nicht noch mehr potenziren wollen. Das würde aber unzweifelhaft geschehen, wenn der neue Steuertarif ohne Aenderung der das Wahlrecht berührenden Vorschriften in Kraft tritt. Auch würde das Gesetz dadurch mit einem Odium behaftet, welches wir ihm nicht wünschen; es wird ohnehin nicht populär sein. Mit der Verweisung an eine Kommission bin ich einverstanden, aber in dem Sinne, daß die Entscheidung so rechtzeitig erfolge, daß wir sie bei unserer definitiven Entschließung über das Einkommensteuer-Gesetz mit berücksichtigen können. (Beifall im Zentrum.)

Minister **Herrfurth**: Ich wiederhole die Erklärung, daß die Regierung bereit ist, die durch das neue Gesetz entstehenden Ungleichheiten sofort auszugleichen, und zwar meine ich, daß dazu schon die Herabsetzung um eine Steuerstufe genügt. Ich hebe aber nochmals hervor, daß der Antrag darüber hinausgeht und habe hinsichtlich dieses weitergehenden Inhalts des Antrages die vorherige Befragung der Betheiligten für nothwendig erklärt.

Abg. **v. Zedlitz**: Ich bin mit den Antragstellern bereit, die von ihnen befürchtete Verschiebung des Kommunalwahlrechts auf dem Wege des Antrages zu beseitigen, glaube aber mit dem Minister, daß der Antrag über diesen Zweck hinausgeht und deshalb gründlicher kommissarischer Berathung bedarf.

Abg. **v. Rauchhaupt**: Auch die Konservativen bieten zu der von den Antragstellern gewünschten anderweitigen Regelung die Hand; der § 5 des Gesetzes von 1873 muß aufrecht erhalten werden; es würde sich vielleicht empfehlen, denselben mit der gewünschten Abänderung in das neue Einkommensteuer-Gesetz aufzunehmen.

Abg. **Richter**: Ich bedauere lebhaft, daß der Antrag sich bloß auf die Rheinprovinz erstreckt, für diese beabsichtigt er das Ueberwuchern des plutokratischen Elements zu verhindern; in allen übrigen Provinzen soll dieser Nachtheil bestehen bleiben, und auch für die Rheinprovinz selbst schafft der Antrag weitaus nicht die genügende Abhilfe. Für die Drittelntheilung in den Städten sind nicht blos maßgebend die Staatssteuern, sondern auch die Gemeindesteuern, Kreis- und Provinzialabgaben. Danach ist die Fassung des Antrages nicht zutreffend gewählt. Nach dem neuen Steuertarif verändert sich die Gemeindeeinkommensteuer noch viel mehr, als die Staatseinkommensteuer, denn in den Gemeinden wird noch nach dem Tarif von 1873, für den Staat nach dem Tarif von 1883 die Steuer erhoben, was für sämmtliche Klassensteuerstufen einen Unterschied von drei Monatsraten macht; hiernach ist die Verschiebung thatsächlich viel größer für das Gemeindewahlrecht, als für die Wahlen zum Abgeordnetenhause. Bei allen diesen Erörterungen wird die Rückwirkung des neuen Tarifs auf den Gemeindehaushalt noch viel zu wenig beachtet, die Kommission hat sich sehr leicht darüber hinweggesetzt. (Sehr richtig! links.) Der Finanzminister hat zwar gesagt, er werde den Gemeinden durch Ministerialreskript gestatten, sich da herauszuhelfen; aber was nützt ein solches Verfahren, welches schließlich nur für die Dauer der Amtsthätigkeit eines Finanzministers maßgebend sein würde und von dem Nachfolger desselben in das Gegentheil verkehrt werden kann. Diese schweren Bedenken werden durch den Antrag für mich nicht gemildert; ebenso geht es allen übrigen Vertretern, die nicht der Rheinprovinz angehören. Das Zentrum macht sich hier einer großen Inkonsequenz schuldig. Bei der Landgemeinde-Ordnung hat es in der Kommission für die Erhöhung des Zensus durch Ortsstatut mitgewirkt; hier verfolgt es die entgegengesetzte Richtung. Wer die Geschichte der Städte-Ordnung von 1856 kennt, weiß, daß man damals die Rheinprovinz für ihre liberale Gesinnung bestrafen wollte. (Sehr richtig! links und im Zentrum). So ist auch die Bestimmung wegen des erhöhten Zensus in diese absichtlich möglichst schlecht gemachte Städteordnung hineingekommen. Nach den Kommissionsbeschlüssen verwandelt sich übrigens schon von selbst der ortsstatutarische Satz von 18 M. in einen solchen von 12, der von 12 in einen Satz von 9 M. Darüber hinaus wollen Sie den Satz auf 6 M. herunterbringen. Auch damit würde die Rheinprovinz noch schlechter gestellt sein als alle anderen Provinzen, denn hier muß nach dem Gesetz überall der Zensus an einen Satz von 4 M. anknüpfen. (Widerspruch im Zentrum.) Gründlicher paralysiren würde man diese nachtheilige Wirkung, wenn man die Bestimmung der Städteordnung von 1876 in das Gesetz aufnimmt, wonach Jeder wahlberechtigt sein sollte, der überhaupt Klassensteuer zahle. Damit würde ein wirksamer Schutz des Wahlrechts gegeben sein. Wenn verlangt wird, daß man eine städtische Steuer zahlen muß, um wahlberechtigt zu sein in der Kommune, so gilt das schon heute nicht mehr unbedingt. Ferner muß die Drittelntheilung stattfinden nach Maßgabe der Einkommensteuer allein, wie es 1876 die Regierung selbst vorgeschlagen hat. Nur in solchen weitergehenden Bestimmungen sehe ich einen wirklichen Schutz gegen eine Verkümmerung des Wahlrechts. Unter keinen Umständen kann die Frage, ob das Gemeindewahlrecht zu schützen ist, einer Begutachtung durch den Provinziallandtag unterliegen. Auch liegt kein Grund vor, diese Sache in Form eines besonderen Gesetzes zu regeln, sondern es muß im Einkommensteuergesetz selbst versucht werden, diesen Schutz des Wahlrechts zu garantiren. Es heißt die Gemüthlichkeit übertreiben, wenn man ein Einkommensteuer-Gesetz annimmt, ohne sich genau zu vergewissern, daß das Wahlrecht unverkürzt bleibt. (Beifall links.)

Abg. **Windthorst**: Es muß nothwendig Vorsorge getroffen werden, daß das Kommunal-Wahlrecht in seinem bisherigen Umfange aufrecht erhalten bleibt; ich trete deshalb dem Antrage und dem Vorschlage auf Kommissionsberathung bei.

Abg. **v. Eynern** glaubt darauf hinweisen zu sollen, daß 1886 gerade mit Rücksicht auf die Gemeindefreiheit von der Regierung der Antrag bekämpft worden ist, während heute der Minister die entgegengesetzte Meinung vertrete.

Minister **Herrfurth**: Die Regierung hat allerdings den Antrag 1886 bekämpft, weil sie es nicht für richtig hielt, einen einzelnen Punkt aus dem Gebiete der Gemeindeverfassung herauszunehmen und besonders zu regeln; sie hat ihn aber nicht bekämpft mit dem Hinweis auf die Gemeindefreiheit. Insofern ist zwischen den damaligen Aeußerungen der Reierung und meinen heutigen Bemerkungen kein Unterschied.

Abg. **Pleß** (Mülheim, Z.) polemisirt gegen den Abg. Eynern und spricht sich ebenfalls gegen die Anhörung des Provinzial-Landtages aus.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag wird an die Einkommensteuergesetz-Kommission überwiesen.

Der Antrag des Abg. v. Bülow (Wandsbeck) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Giltigkeit der Jagdscheine im ganzen preußischen Staatsgebiete, wird ohne erhebliche Debatte mit der vom Regierungskommissar Geh. Rath Humperdinck empfohlenen Modifikation, wonach von der Bezugnahme auf Helgoland abgesehen und die Ausdehnung auf den Kreis Herzogthum Lauenburg beschränkt wird, in zweiter Lesung angenommen.

Abg. Landrath **Riesch** befürwortet darauf einen von ihm eingebrachten Gesetzentwurf, durch welchen die in der Kreisordnung für Hessen-Nassau statuirten Befugnisse der Städte, frei über die Art der Aufbringung ihrer Antheile an den Kreisaufgaben zu beschließen, auf die Landgemeinden übertragen werden sollen. Ein großer Theil der dortigen Landgemeinden unterscheide sich eigentlich nur dem Namen nach von Städten. Außerdem sei es ungerecht, daß gut situirte Landgemeinden, welche mit Ueberschüssen wirthschaften, diese nicht zur Deckung der Kreisabgaben verwenden dürften.

Minister **Herrfurth** erklärt, daß ihm Wünsche der betreffenden Gemeinden in der Richtung des Antrages bisher nicht entgegengetreten seien. Die Frage dürfe nicht für eine Provinz allein betrachtet werden. Gegenwärtig bestehe eine große Verschiedenartigkeit in den verschiedenen Theilen der Monarchie bezüglich dieses Punktes. Die Regierung sei auf Abhilfe bedacht, diese müsse aber generell erfolgen.

Der Antragsteller zieht nach dieser Erklärung seinen Antrag zurück.

Schluß 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Zweite Lesung des Einkommensteuer-Gesetzes.)

Parlamentarisches.

Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins, vom 24. Juni 1887, besteht aus den Abgg.: Dr. Barth, Brömel, Dr. Bahl, Tillinger, Schriftführer, Gamp, Stellvertreter des Vorsitzenden, Dr. Giese, Gröber, Schriftführer, Hug, Kersting, Graf v. Kleist-Schmenzin, Dr. v. Komierowski, Dr. Lieber, Menzer, Schriftführer, Graf v. Mirbach, Münch, Dr. Orterer, Vorsitzender, Poll, Dr. Simonis, Stolle, Szmula, Warm.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 12. Februar d. J., Nachmittags 5 Uhr. Drei Naturalisationsgesuche. — Vorlage, betr. die Verleihung von Raten des Friedrichs-Gewerbestipendiums. — Desgl., betr. die Aufnahme einer Person in das Nikolaus-Bürger-Hospital. — Berichterstattung, betr. eine Petition um Erlaß der Miethssteuer bei Miethern bis zu 300 M. mindestens für das Vierteljahr Januar März d. J. — Vorlage, betr. die im Vierteljahr Oktober-Dezember 1890 an die elektrischen Leitungen der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke außerhalb des Vertragsgebietes angeschlossenen Grundstücke. — Desgl., betr. den Verkauf der in der Jostystraße belegenen Restfläche des Grundstücks Prenzlauerstr. 59/60. — Desgl., betr. den Verkauf der Baulichkeiten auf dem zum Reichstags-Ufer erworbenen Straßenlande Dorotheenstr. 31 zum Abbruch. — Desgl., betr. die Bewilligung des Feuersozietäts-Beitrags für das Geschäftsjahr 1. Okt. 1889/90. — Desgl., betr. die Errichtung sog. Urania-Säulen. — Desgl. betr. die Ferien der höheren Lehranstalten pro 1891. — Desgl., betr. das Feuer-Sozietäts-Reglement der Stadt Berlin. — Desgl., betr. die Festsetzung des Etats und des Gebührentarifs für die Untersuchung des von außerhalb eingeführten frischen Fleisches. — Desgl., betr. den Verkauf der Baulichkeiten auf dem enteigneten Theile des Grundstücks Am Oberbaum 1/2 zum Abbruch, sowie die Verausgabung der für das betr. Grundstück zu zahlenden Entschädigungen. — Desgl., betr. die Aufnahme einer zwischen der Grimm- und Grüsestraße neu anzulegenden Verbindungsstraße 2a in die Abtheilung II des Bebauungsplanes. — Desgl., betr. die Erwerbung des Straßenlandes vor dem Grundstück Invalidenstr. 40/41. — Desgl., betr. die Aufnahme der von den Cohnheim'schen Erben auf ihrem zwischen der Bremer- und Wilhelmshavenerstraße belegenen Terrain projektirten Straßen in den Bebauungsplan. — Desgl., betr. die Auflösung der gemischten Deputation für die äußere Ausschmückung des Berlinischen Rathhauses. — Desgl., betr. den Verkauf eines Trennstücks des Gemeinde-Grundstücks Kottbuser Ufer 4. — Desgl., betr. die Ueberlassung des Festsaales im Berlinischen Rathhause zu einer Gedenkfeier für Rudolf Löwenstein, sowie für Heinrich Schliemann. — Desgl., betr. die Theilung des Bezirks der 2. Armen-Kommission. — Berichterstattung betr. die Wahl eines Vertreters zur Versammlung der brandenburgischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft. — Berichterstattung über ein Naturalisationsgesuch. — Zwei Unterstützungssachen. — Vorlage, betr. die Wahl von je vier bürgerlichen Mitgliedern und vier Stellvertretern für die neugebildeten Ersatzkommissionen 5 und 6. — Desgl., betr. die Wahl eines Ersatzmannes zur Unterkommission II der Einschätzungs-Kommission für die klassifizirte Einkommensteuer. — Desgl., betr. die Neuwahl von drei stimmfähigen Bürgern für das Kuratorium der Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1879. — Desgl., betr. die Zahlung eines Gnaden-Quartalsgehalts. — Desgl., betr. den Ablauf der Wahlzeit eines Bürgerdeputirten bei der Schuldeputation.

Lokales.

Für die, welche frieren! Das Thermometer fällt langsam, aber beständig, trotz der „geistreichen Witze" des „freisinnigen" Stadtv. Meyer I, und es scheint, als ob wir einer neuen Kälteperiode entgegengehen. Der Antrag auf schleunige Einrichtung von Wärmestuben auf Kosten der Stadt ist von der „freisinnigen" Majorität unserer Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt worden. „Für wen sollen denn die Wärmestuben sein?" fragte der Stadtverordnete Meyer I in seiner dumm-dreisten Manier. Der Stadtverordnete Singer antwortete ihm darauf: „Für die, welche frieren!"

Freilich nach der Ansicht der Bourgeoisie friert ein ordentlicher Mensch überhaupt nicht. Ein ordentlicher Mensch hat einen warmen Ofen, einen warmen Rock und vor allen Dingen etwas Warmes im Magen. Wer das nicht hat, der ist eben kein ordentlicher Mensch, sondern ein Arbeitsloser, ein Obdachloser, — ein Vagabund. Das „Kl. Journal" erzählte in den kalten Tagen des Dezember mit frechem Zynismus, daß Obdachlose gefunden worden seien, welche ihre „mollige Schlafstelle" auf den offenen Holzplätzen selbst bei der stärksten Kälte nicht aufgegeben hätten, und andere bürgerliche Blätter berichteten mit größter Gelassenheit, daß die „kalten Tage den Gefängnissen wieder zahlreiche Gäste zugeführt" hätten. Daß ein frierender und hungernder Mensch schließlich ein Schaufenster einschlägt, um im Gefängniß ein Obdach zu finden, erscheint der Bourgeoisie in ihrer Frivolität sogar als eine willkommene Erleichterung der Thätigkeit der Polizei. Der fromme „Reichsbote" verkündete jubelnd, daß das Vagabundenthum durch die Kälte sehr in die Enge getrieben worden sei, und eine überraschend große Zahl sich in den letzten Tagen auf der Polizei gemeldet und unter Angabe der verschiedensten, zum Theil sichtlich erfundenen Gesetzesübertretungen um Verhaftung gebeten habe. Für Herrn Meyer I wird diese Art der „Selbsthilfe" — das Herz im Leibe muß jedem „Freisinnigen" lachen, wenn er das Wort hört, — ein Grund mehr gewesen sein, um das Vorhandensein eines Bedürfnisses zu bestreiten.

Um zu zeigen, daß sein Herz noch nicht ganz verhärtet sei, verwies Herr Meyer I — trotz Ablehnung des Bedürfnisses! — die Antragsteller auf den Weg der Privatwohlthätigkeit, welche viel mehr zu leisten vermöge. Nun besteht in Berlin ein Verein, der sich zwar nicht die Einrichtung von Wärmestuben, aber doch die Unterstützung von Frierenden zur Aufgabe gemacht hat, nämlich die „Deutsche Gesellschaft zur Versorgung von verschämten Armen mit freiem Brennmaterial." Aus dem 111. Jahresbericht ersehen wir, daß im Winter 1889—90 3113 Familien vom Verein unterstützt worden sind. Daß damit aber noch keineswegs dem vorhandenen Bedürfniß genügt worden ist, beweist die im Oktober 1890 veröffentlichte Bitte um Unterstützungen, in welcher es heißt: „Wird dagegen das wirkliche Bedürfniß ins Auge gefaßt, so bleibt, wie schon seit einer längeren Reihe von Jahren, die Thatsache bestehen, daß wiederum eine große Anzahl von Armen, denen wegen unzureichender Mittel hat unberücksichtigt bleiben müssen." Und das geschieht in einem Verein, welcher bereits seit 1779 besteht und gut fundirt ist! Zweifellos hat in diesem Winter, welcher der härteste in den letzten 10 Jahren ist, die Zahl der Bedürftigen außerordentlich zugenommen, sodaß wahrscheinlich noch viel mehr als sonst haben unberücksichtigt bleiben müssen. Daß es dem Verein geglückt sein sollte, seinen Mitgliedern und sonstigen Beitragspendern dieses Mal höhere Summen abzujagen, glauben wir kaum, da die in den Beitragslisten aufgeführten Ziffern im Vergleich zu den in anderen derartigen Vereinen gezahlten Beiträgen schon hoch genannt werden müssen. In dem Jahresbericht wird sogar darüber geklagt, daß „sich die Reihen der alten Freunde, namentlich durch den Tod immer mehr lichten, ohne daß sich für die Ausgeschiedenen in entsprechendem Maße Ersatz findet." Zum Schluß heißt es: „Sollten die Unterstützungen einmal ausbleiben oder sich wesentlich vermindern, und unsere laufenden Einnahmen sich nicht erhöhen, so würden wir der traurigen Nothwendigkeit gegenüberstehen, unsere Wirksamkeit selbst gegen das bisherige Maß einschränken zu müssen, wenngleich die Anforderungen an unsere Gesellschaft stetig zunehmen."

Das ist deutlich genug, und es läßt sich danach ermessen, was herauskommen würde, wenn nach dem Vorschlage des Herrn Meyer I., den wir übrigens nicht unter den Beitragszeichnern finden, die Einrichtung von Wärmestuben der Privatwohlthätigkeit überlassen würde. Fürs erste wird es selbst dazu nicht kommen. Die Frierenden werden sich nach wie vor mit improvisirten Wärmestuben begnügen müssen, d. h. sie werden sich in den Volkskaffeehäusern, in den Vorhallen der Bahnhöfe herumdrücken müssen, bis man sie hinausweist. Die Kunstsammlungen und öffentlichen Bibliotheken sind dem schlecht gekleideten Arbeiter ja ohnedies verschlossen und bleiben für stellungslose Kaufleute und unbemittelte Studenten reservirt. Wem diese „Wärmestuben" noch nicht genügen, den verweist die „warmherzige" Bourgeoisie auf die leicht zu erlangende Unterkunft in den Gefängnissen, deren Benutzung ja vorläufig noch unentgeltlich ist.

Armen-Preßkohlen sind, wie bereits vor längerer Zeit von den hiesigen Zeitungen mitgetheilt wurde, von einer größeren hiesigen Hüttenfirma zur Verfügung der Armen-Verwaltung gestellt worden. Die Vertheilung erfolgte in der Weise, daß die Vorsteher der Armenkommission den Bedürftigen einen gedruckten Zettel übergeben, mit dem diese nach dem Kohlenplatze des Schlesischen Bahnhofes sich zu begeben hatten, wo ihnen die Kohlen angewiesen wurden. Das Verfahren hierbei wird von verschiedenen Schilderungen keinen Zweifel haben und eine solche Schilderung möchten wir doch der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten, denn sie zeigt recht deutlich, was die manchmal so laut ausposaunte Wohlthätigkeit, die ja in der besten Absicht erfolgt sein mag, für Folgen hat.

Eine arme in der Urbanstraße wohnende Wittwe hatte eine solche Preßkohlen-Anweisung von ihrem Armen-Kommissionsvorsteher mit dem üblichen wohlwollenden Lächeln erhalten. 200 Preßkohlen waren ihr angewiesen. Die alte Frau selbst konnte den weiten Weg von der Urbanstraße nach dem Schlesischen Güterbahnhof nicht machen und ein arbeitsloser Nachbar, der sich erst ein kleines Fuhrwerk besorgen mußte, erbot sich, die Kohlen zu holen. Am Sonnabend ging er nach dem Bahnhof, wartete dort von früh 8 Uhr bis Nachmittag 4 Uhr, um schließlich den Bescheid zu erhalten: „Heute giebt es keine Kohlen mehr!" Am Montag gings wieder nach dem Bahnhof: auf dem Wege dorthin sah man ganze Schaaren von Leuten, die sämmtlich schon am Sonnabend vergeblich dort gewesen waren. Vor dem ersten Eingang zum Bahnhof stand der Portier, neben ihm ein Schutzmann, um mit jener Liebenswürdigkeit, die manche Beamten auszeichnet, die armen Leute, die sich etwa durch diesen Eingang verirrten, hinauszuweisen. Kohlen gab's nämlich nur in dem zweiten Eingange des Bahnhofes, aber nicht nach der Anweisung, sondern nur die Hälfte der angewiesenen Stückzahl. Die Wittwe erhielt also, nachdem der Weg von etwa zwei Stunden zwei Mal gemacht war und nachdem am ersten Tage acht Stunden vergeblich gewartet worden war, einhundert Preßkohlen! Welche Wohlthat für die beglückten Armen! Angenommen diese 100 Preßkohlen haben einen Werth von 70 Pfennigen, wenn man sie im Hause hat, so müssen die Armen, welche dieser Wohlthat theilhaftig werden sollen, dafür 12 Stunden thätig sein. Hunderte von Leuten haben die Kohlenspende in Empfang genommen. Man kann darnach berechnen, zu welchen Arbeitslöhnen der Nothstand in Berlin drängt, auch wenn er polizeilich nicht erwiesen werden könnte.

Bejammernswerthe Bilder des Elends sah man bei dieser Gelegenheit. Ein armer Schuhmacher aus dem Norden der Stadt, der auch vergeblich auf den Empfang von Kohlen gewartet hatte und ohne Kohlen mit seinem kleinen Wagen heimkehrte, brach in der Gegend der Schwedterstraße ohnmächtig zusammen und mußte zur Charitee geschafft werden. Den Leuten, die ihn aufhoben, erzählte er sonderbare Geschichten über die Art, wie es bei der Verabfolgung der Kohlen zugegangen

sei. Er behauptete, daß Leute, die in den Anweisungszettel Geldstücke gewickelt hätten und junge Frauenspersonen, die sich Liebenswürdigkeiten von den mit der Vertheilung der Kohlen beauftragten Männer gefallen ließen, sehr schnell Kohlen erhielten. Ob diese Angabe des alten Mannes etwa nur von einem Fieberwahn eingegeben war, oder ob sie auf Wahrheit beruht, ist natürlich schwer zu ermitteln. Aber was will unter solchen Umständen die Wohlthat der Kohlenvertheilung bedeuten? Für die armen Empfänger verliert sie so gut wie jeden Werth, wenn man die Vertheilung nicht von vornherein so einrichtet, daß eine bequeme Aushändigung an die Armen möglich ist. Den einzigen moralischen und vielleicht auch materiellen Nutzen hat der „Wohlthäter", dessen Namen im Buche der Wohlthaten obenan glänzt; er schenkte eine Million Preßkohlen! Daß das Elend in Berlin so groß ist, daß dieses bedeutende Kohlenquantum so wenig wie Nichts für die Empfänger bedeutet, dafür kann der Wohlthäter nicht.

Die Zeit der Maskenbälle ist da! Jeder, der in der heutigen traurigen Zeit noch die Mittel besitzt und entbehren kann, die ein buntes Maskenhabit zu entleihen erfordert, steckt seine körperliche Figur in diese Hülle, um den Versuch zu machen, auf einige Stunden das Elend zu vergessen, das ihn tagtäglich umgiebt. Wer will es dem thatendurstigen Jüngling, der sonst irgend einem ehrsamen Handwerk oder der Arbeit in irgend einer Fabrik obliebt, denn verübeln, wenn er in dem Gewand eines Rinaldo Rinaldini die Empfindungen seines selbstlosen Prinzipals zu studiren sucht? Oder wer wollte es der jungen Schneiderin übel nehmen, wenn sie, die für kärglichen Lohn für Tänzerinnen und Künstlerinnen arbeiten muß, nun einmal Lust empfindet, sich selbst als Künstlerin zu versuchen, sei es auch nur für die kurzen Stunden eines Maskenvergnügens.

Es wird vielfach gesagt, auf den Maskenbällen lerne man erst den wahren Charakter der Leute kennen und in diesem Satze liegt ganz gewiß ein großer Theil Wahrheit. Seine volle Wahrheit aber konnten vor einigen Tagen die Bewohner von Reinickendorf kennen lernen, an einem Ball, den die dortige „gute Gesellschaft" veranstaltete.

Die gute Gesellschaft von Reinickendorf wollte natürlich etwas ganz Besonderes zur Darstellung bringen und so wurde denn zum „Vergnügen" und zur „Erholung" der guten Leute eine Penne zur Darstellung gebracht. Die vornehmsten Leute des Ortes erschienen in der bedenklichsten Strolch-Garderobe, da sah man schäbige Hüte, zerrissene Röcke und Westen und Hosen, durch welche der Wind pfiff. Das Lokal war entsprechend ausgestattet; an Wänden, Thüren und Fenstern hingen Lumpen, auch die Strohpenne mitten im Saale fehlte nicht. Eine Hauptgröße des Festes war ein Mediziner und Menschenfreund. Die Leute erzählen von ihm, er sei einst zu einem Reinickendorfer, dessen Kind krank war, gerufen worden, habe dort die Thür geöffnet, einen Blick auf das Kind geworfen und gesagt: „Dem Kindlein kann ich nicht mehr helfen; für meine Bemühung bekomme ich drei Mark." — Besagter Mediziner entlockte einem verstimmten Leierkasten die schauerlichsten Töne. Aber während Arion durch seine Musik wilde Thiere zähmte, machte der Doktor die Strolche damit so wild, als ob die Säue in sie gefahren wären. Sie strampelten und hampelten umher und schnitten Grimassen. Ein Fabrikant H. sah aus wie der Teufel vom Blocksberg, zwar frißt er nicht, wie dieser, die schönsten Braten von Jungfrauen und Kindern, wie es im Liede heißt, so grausam ist er nicht; er saugt dieselben nur aus. Er beschäftigt nämlich in seiner Fabrik Kinder, welche eben aus der Schule entlassen sind. Diese müssen 14 Tage umsonst arbeiten, dann bekommen sie 3 M. pro Woche. Davon gehen aber so und so viel Strafgelder für Zuspätekommen und sonstige Verstöße gegen die Fabrikordnung ab. Damit die jungen Leute infolge der großen Verdienste nicht auf Abwege gerathen, bekommen sie des Sonnabends Abends — ja, rathe einmal, lieber Leser, doch wir wollen es lieber sagen, denn es ist schwer zu rathen — höre und staune — eine — Stöckerpredigt. Der Herr Fabrikant, der als Strolch mit auf dem Ball war, übt auch praktisches Christenthum. Am Sonntag Vormittag müssen die Kinder regelmäßig arbeiten, haben also keine Zeit, nach der Kirche zu gehen, und da Zeit Geld ist, so ist der um die Frömmigkeit seiner Arbeiter sehr besorgte Herr auf den Gedanken gekommen, die Predigt gedruckt zu vertheilen.

„Bet' und arbeit ruft die Welt;
Bete kurz, denn Zeit ist Geld!"

Alle Vortheile gelten. Einige anwesende Schulmeister singen, voll des süßen Weines, welchen die bejersituirten Ballstrolche bezahlt haben, Lieder, welche gar keine Aehnlichkeit mit Chorälen und Psalmen haben.

Ein Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft Reinickendorfs, der Dorfvater M., Mitglied der Gemeindevertretung, ist erschöpft von den Anstrengungen, welche seine Lehrlinge bei Tage hatten, auf der Strohpenne selig eingeschlafen und träumt von einer großen Rede, welche er im Dorfparlament halten will. Ich sage Ihnen, meine Herren, so ruft er im Schlafe, die Straßen in Reinickendorf sind schlechter als die Straßen in einem hinterpommerschen Dorf und die neu angepflanzten Bäume in der Provinzstraße werden diesen Sommer wieder keine Blätter bekommen. Bravo riefen alle Ballstrolche und der kleingehaune Holz- und Kohlenhändler brach krachend mit seinem Stuhl zusammen. —

Am andern Tag war in Reinickendorf große Nachfrage nach sauren Häringen.

So amüsiren sich die Gebildeten von Reinickendorf.

Wir erhalten folgendes Schreiben: In einer Lokalnotiz der „Berl. Ztg." vom 26. Januar d. J. wird von einer größeren Anzahl von Restaurateuren folgendes berichtet: Bei ihnen erschienen zwei Reisende einer Ungarwein-Handlung, die her ein Geschäft betreibt. Die Reisenden machten den Vorschlag, daß die Restaurateure ein Kommissionsgeschäft ihrer Firma übernehmen sollten. Auf den Einwand der Letzteren, daß sie für Ungarwein keinen Absatz haben würden, bemerkten die Reisenden, daß es hierauf gar nicht ankäme; der Hauptzweck läge darin, in dem Stadttheil eine Niederlage zu errichten. Die Weine würden kostenfrei zugestellt werden, für den verkauften Theil sollte entsprechende Provision gezahlt werden. Eine Anzahl von Restaurateuren ging auf diesen Vorschlag ein und unterschrieb einen Zettel mit ihrem Namen, ohne dessen Inhalt näher zu prüfen; die Reisenden hielten diesen Zettel gewöhnlich verdeckt. Nach einiger Zeit erhielten die Restaurateure größere Posten Wein mittelst Fracht zugestellt, bis zu 500 M. Werthangabe. Die Fracht ist auch in den meisten Fällen bezahlt worden; im Weigerungsfalle legte man den Betroffenen den unterschriebenen Zettel vor, der die Verkaufseinwilligung enthielt und der verschiedene veranlaßte, einem etwaigen Prozesse aus dem Wege zu gehen. Die Reisenden, von denen der eine verhaftet, der andere spurlos verschwunden ist, haben diesen Schwindel ins Werk gesetzt, um hohe Provision zu bekommen. Der Bericht sagt, daß die Firma unschuldig sei. Hierzu diene folgendes zur Aufklärung: Die Firma schrieb mir und verschiedenen Anderen: „Nachdem wir in Betreff Ihrer Angelegenheit unsere Reisenden genau befragt haben, müssen wir Ihnen mittheilen, daß wir Ihrem Wunsche, die Waare zurückzunehmen, nicht entsprechen können ꝛc. Schon aus diesen Worten sieht man, daß die Ferma im Einverständniß gehandelt hat. Um andere zu warnen und vor Verlusten zu bewahren, sah ich mich veranlaßt, diese Zeilen zu veröffentlichen und bitte alle Restaurateure, die in gleicher Weise geschädigt sind, mir dies mittheilen zu wollen, um bei etwaiger Klage Material in Händen zu haben. J. Gnadt, Restaurateur, Brunnenstr. 38.

Aus dem Erdenwallen einer „bescheidenen" Künstlerin. Adelina Patti, welche vorgestern nach Paris bezw. Nizza abgereist ist, war es nicht beschieden, Berlin in rosiger Laune zu verlassen. Zwar ließ der Beifall vorvorgestern in der Philharmonie nichts zu wünschen übrig, aber die Erinnerung an die geernteten Triumphe wurde vorgestern Mittag bereits getrübt, und zwar grausam getrübt. Die Künstlerin mag erstaunt gewesen sein, als plötzlich um jene Zeit in ihrer Wohnung im Hotel Bellevue ein Rechtsanwalt mit einem „Arrestbefehl im Namen des Königs" auf der Bildfläche erschien, um 8000 M. in Beschlag zu legen. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Frau Patti hatte am 16. Septbr. 1890 einen Kontrakt mit der Verpflichtung unterschrieben, in Petersburg und Moskau in 12 Konzerten und Opernvorstellungen für 16 000 M. pro Vorstellung aufzutreten. Später ist die Künstlerin anderen Sinnes geworden — vielleicht, daß ihr die 16000 M. pro Vorstellung nicht pattiwäßig erschienen — genug, sie war trotz zahlloser Depeschen, die gewechselt wurden, und trotz der Sicherheit, welche Rothschild in London für die richtige Auszahlung des kontraktmäßig festgesetzten Honorars übernommen hatte, nicht zu bewegen, das Land der Moskowiter, wo sie mit wahrhaft heißer Sehnsucht erwartet wurde, zu betreten. Dem russischen Konsortium, welches den Kontrakt mit der Künstlerin geschlossen, waren bereits bedeutende Kosten erwachsen, zumal dasselbe nichts unversucht gelassen, um die Patti anderen Sinnes zu machen und der Petersburger und Moskauer Gesellschaft den gehofften Genuß zu verschaffen. Bei der Anwesenheit der Künstlerin in Berlin wurde nun beschlossen, mit gerichtlichen Schritten gegen die Diva vorzugehen. Vorläufig hat man gestern den schleunigen Arrest auf jene 8000 M. legen lassen als Schadloshaltung für die gehabten Kosten. In Kurzem wird der bezügliche Prozeß das hiesige Gericht beschäftigen. Außerdem verlangt das Konsortium noch das hübsche Sümmchen von 80 000 M. als Schadenersatz. So ist Frau Patti vorläufig um 8000 M. ärmer von Berlin abgereist. Man sieht, daß die Launen einer Künstlerin zuweilen etwas kostspieliger Natur sind.

Wir erhalten folgendes Schreiben: Zur Berichtigung auf den Artikel Rowdies-Zimmerergesellen in Nr. 53 des „Vorwärts" ersuchen wir Sie gütigst Folgendes aufzunehmen:

Wir bekamen am Sonnabend, den 31. Januar in John's Restaurant unseren Lohn und 2 Faß Bier von unserem Meister. Als einige unserer Kameraden das Lokal verließen, wurden sie von den Kornträgern überfallen und mit Knüppeln und Messern traktirt. Wir eilten darauf aus dem Lokal und es ging uns ebenso. Daß wir uns vertheidigt haben, ist wohl unsere Pflicht. Mögen die Kornträger in Zukunft andere Arbeiter in Ruhe lassen. Diesen Wahrheitsgemäß. — Die Zimmerer von Zimmermeister Schäffer's Platz.

Herr Zimmerer Fritz Schäfer, Liebenwalderstraße Nr. 4 wohnhaft, ersucht uns um die Mittheilung, daß er mit dem in Nr. 53 unseres Blattes erwähnten Zimmererpolier nicht identisch ist.

Steglitz. Die Lokalkommission für Steglitz theilt uns mit, daß kein Lokal zu Volksversammlungen zu haben ist. Es weigern sich immer noch folgende Wirthe: 1. Albrechtshof, Albrechtstraße; 2. Zur Krone, Albrechtstraße; 3. Kaiserhallen, Albrechtstraße, dicht am Bahnhof; 4. Heinrich's Salon, Albrechtstraße. Zu gewerkschaftlichen Versammlungen stehen uns folgende Säle zur Verfügung: 1. Restaurant zur Börse, Schloßstr. 66a; 2. Restaurant Hildebrand, Schloßstr. 81; 3. Café Harmonie, Flensburgerstr. 10. Arbeiterblätter liegen in folgenden Lokalen aus: Schütz, Schloßstraße 8; Hörig, Schloßstr. 11; Schellhase (Neukamm), Schildhorn- und Fichtestraßen-Ecke; Zur Börse, Schloßstr. 66a; Guthke, Albrechtstr. 108; Busse, Teichstr. 38; Schober, Teichstr. 11. Alle Fragen in Betreff der Lokalfrage sind zu richten an W. Wüstenhagen, Fichtestr. 70.

Die Köpenicker Lokalkommission giebt bekannt, daß der „Vorwärts" in folgenden Wirthschaften ausliegt: 1. Schmidt, Grünauerstr.; 2. Lange, Grünauerstr.; 3. Gabriel, Grünauerstr.; 4. Janke, Berlinerstr.; 5. Marlau, Grünstr.; 6. Purrmann, Grünstr.; 7. Troppens, Rosenstr.; 8. Stutz, Schloßstr.; 9. Held, Müggelheimerstr.; 10. Tauchert, Müggelheimerstr.; 11. Fielitz, Alten-Markt; 12. Dalbritz, Goldener Hirsch. Zu Versammlungen steht uns nur ein Lokal unentgeltlich zur Verfügung bei Kautsch, Grünstr. Wir bitten die Genossen, genau auf diese Liste zu achten. Bei etwaigen Partien machen wir darauf aufmerksam, daß auf dem Wege nach Friedrichshagen nur zwei Lokale den Arbeitern zur Verfügung stehen, Goldener Hirsch und Tabbert, Hirschgarten. Ferner machen wir die Berliner Genossen noch aufmerksam, daß bei etwaigen Herrenpartien die Zigarrenhändler Ungering, Grünauerstr. 4, Hoffmann, Grünstr. und Kunze, Müggelheimerstraße, zu berücksichtigen sind. Albert Einsinger, Grünauerstr. 71, I. Joh. Rautmann, Grünauerstr. 4.

Polizeibericht. Am 9. d. M. Vormittags wurde im Wohnzimmer eines Mädchens in der Mittenwalderstraße die Leiche eines am 2. d. M. von ihr geborenen Kindes in einer auf dem Ofen stehenden Kiste aufgefunden. Die Mutter wurde verhaftet. — Zu derselben Zeit wurde in der Spree, nahe der Cuvrystraße, die Leiche eines unbekannten, etwa 30 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Nachmittags gerieth der Maschinist Stache in der Fabrik für Gasanstalts-Bedarfsartikel von Brüggemann, Rüdersdorferstr. 48, als er sich überzeugen wollte, ob das Kolbenlager warm gelaufen sei, mit dem linken Arm zwischen den Kolben und den Führungszylinder und wurde hierbei so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit stieß an der Ecke der Schützen- und Markgrafenstraße eine Droschke mit einem mit Brettern beladenen Arbeitswagen zusammen, wobei eine in der Droschke sitzende Frau anscheinend schwere innere Verletzungen erlitt. — Nachmittags fiel der Arbeiter Schröder auf dem Neubau Friedenstr. 84 infolge eines Fehltritts von einer etwa 1½ Meter hohen Rüstung herab und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er bewußtlos liegen blieb und bei der Ueberführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain verstarb. — In der Bier'schen Brauerei, Stralauerstr. 3/6, gerieth zu derselben Zeit der Maurer Kurth mit den Kleidern in das Getriebe einer Maschine, wurde von der Welle mehrere Male herumgeschleudert und dabei so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. — Nachmittags wurde eine Frau vor dem Hause Brunnenstr. 124A von einem Wagen überfahren und erlitt so bedeutende Quetschungen an den Beinen und an der Hüfte, so daß sie nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht werden mußte. — Abends fanden zwei kleinere Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Eine unglückliche Liebesgeschichte, welche das Kapitel der sensationellen Blutthaten beinahe um einen neuen Fall bereichert hätte, lag der Anklage wegen Körperverletzung zu Grunde, welche den Buchhalter Martin Fricke gestern vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I führte. Der 22jährige harmlos ausschauende Jüngling, welcher durchaus nicht den Eindruck eines blutdürstigen Wütherichs macht, liebte eine 28jährige Kellnerin, Frl. Marie K.; er theilte mit ihr eine Wohnung und hatte sich mit ihr in aller Form verlobt, dieses große Ereigniß auch dem verehrten Publikum durch eine Verlobungs-Anzeige bekannt gegeben. Aber ach, die Eltern des Jünglings wollten eine Verbindung mit einer Kellnerin nicht zugeben und die Mutter beschwor den Sohn brieflich wiederholt, von seiner unseligen Leidenschaft abzulassen und in das elterliche Haus zurückzukehren. Der Angeklagte aber blieb dem Mädchen treu; er setzte sich auch darüber hinweg, daß seine Braut es liebte, ihn möglichst eifersüchtig zu machen und lebte der Hoffnung, daß es ihm doch noch gelingen werde, das Mädchen zu bestimmen, von dem Berufe der Kellnerin Abstand zu nehmen. Er hatte mit den bezüglichen Vorstellungen aber durchaus kein Glück und im Juli v. J. kam es zwischen dem Pärchen zu ernstlichen Erörterungen, weil das Mädchen die Absicht bekundete, sich für die Dresdener Vogelwiese als Kellnerin engagiren zu lassen. Sie beharrte um so mehr auf diesen Plan, als sie wieder einmal in der Tasche ihres Bräutigams einen Brief von der Mutter des Angeklagten vorgefunden hatte. Der Angeklagte war aufs Aeußerste betrübt; er ging hin und kaufte sich einen Revolver, den er vorschriftsmäßig laden ließ und in seine Rocktasche steckte. Als er wieder zu Hause angelangt war, fand er das Mädchen beim Kofferpacken vor. Er fragte dasselbe, ob es sich mit ihm auf ewig verbinden wolle und als diese Frage verneint wurde, krachte plötzlich ein Schuß und das Mädchen lief mit lautem Aufschrei zur Küche hinaus, um das aus ihrer linken Hand hervorquellende Blut abzuwaschen. Es stellte sich heraus, daß ihr eine Revolverkugel in die Hand gedrungen und dort stecken geblieben war. Das Mädchen, welches nur drei Tage gänzlich arbeitsunfähig war, opferte ihren Schmerz auf dem Altar der Liebe, verzieh dem Angeklagten und es hätte nach der ganzen Geschichte wahrscheinlich kein Hahn gekräht, wenn nicht ein sonderbarer Zufall mitgespielt hätte. Eines Tages saß das verwundete Mädchen auf einer Bank im Thiergarten und als sie ihre verbundene Hand betrachtete, kamen ihr unwillkürlich die Thränen in den Augen. Neben ihr saß ein freundlicher alter Herr, welcher sich theilnahmsvoll nach dem Kummer des Mädchens erkundigte und um die Geschichte von der unglücklichen Liebe und dem Revolverschuß in allen Einzelnheiten aufgetischt erhielt. Da erhob sich der alte Herr, stellte sich als Kriminalbeamter vor und forderte das Mädchen auf, ihm zur Wache zu folgen. Damit war das Schicksal des Angeklagten besiegelt. Es war gerade die Zeit, wo man emsig in Sachen des Wende'schen Mordes recherchirte und jeden Menschen, der eine Rohheit begangen, für den muthmaßlichen Mörder der Wende ansah. Auch der Angeklagte wurde unter diesem Verdachte gefänglich eingezogen, nach drei Tagen aber wieder entlassen. — Ein besonderes Glück für ihn war es noch, daß er nicht wegen versuchten Mordes oder versuchten Totschlages, sondern nur wegen schwerer Körperverletzung unter Anklage gestellt wurde. Er versicherte dem Gerichtshofe unter Thränen, daß er dem Mädchen nur einen Schreck habe einjagen wollen; der Staatsanwalt glaubte ihm dies aber nicht, sondern beantragte 9 Monate Gefängniß. Rechtsanwalt Morris plaidirte auf Einstellung des Verfahrens, da er es für durchaus glaublich hielt, daß dem Angeklagten, der mit Schußwaffen nicht Bescheid weiß, ohne Absicht ein Schuß losgegangen sei. Der Gerichtshof war anderer Ansicht und verurtheilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängniß. — Thränenden Auges wankte der Jüngling zum Saale hinaus; wehklagend folgte ihm das Mädchen und draußen fielen sich beide in die Arme, um den gemeinsamen Schmerz gemeinsam auszuweinen.

Eine Diebes- und Hehlergesellschaft von neun Personen beschäftigte am Sonnabend die zweite Strafkammer des Landgerichts I bis zur Abendstunde. Des Bandendiebstahls waren der Maler Michael Baltuttis und „Arbeiter" Wilhelm Topp beschuldigt und geständig. Die beiden Angeklagten haben mit außerordentlicher Frechheit gestohlen und im Herbst 1889 einen hohen Grad von Unsicherheit auf den Straßen Berlins hervorgerufen. Sie hatten es hauptsächlich auf solche Geschäftswagen abgesehen, welche von Hausdienern benutzt werden, um damit Waaren zu den Kunden zu bringen. Wenn ein Hausdiener einen solchen Wagen für wenige Minuten unbeaufsichtigt auf der Straße stehen ließ, so war derselbe verschwunden, wenn er nach Ablieferung eines Packets wieder hinaustrat. In mindestens fünfundzwanzig Fällen haben die Angeklagten derartige Diebstähle begangen und einzelnen der Bestohlenen einen kolossalen Schaden zugefügt. Sammet- und Seidenwaaren, Trikots und andere Stoffe, Nahrungsmittel der verschiedensten Art fielen den Dieben in die Hände. Die leeren Wagen wurden zumeist in entlegenen Straßen aufgefunden. Zunächst wandten sich die Diebe an die unverehelichte Händlerin Marie Erhardt, eine bereits mehrfach wegen gewerbsmäßiger Hehlerei, zuletzt mit sechs Jahren Zuchthaus, vorbestrafte Person. Diese brachte die gestohlenen Waaren zum größten Theile bei den Schneidermeister Perkuhn'schen Eheleuten unter. Auch der Schneider Julius Stern und der Partiewaaren-Händler Adolf Pommer haben von den Dieben wiederholt größere Waarenposten zu auffallend billigen Preisen gekauft und standen die letztgenannten fünf Personen deshalb wegen gewerbsmäßiger Hehlerei unter Anklage. Auf einfache Hehlerei lautete die Anklage gegen die „Arbeiter" Ludwig Arend und Gustav Schulze, welche nur in je einem Falle Abnehmer der gestohlenen Gegenstände gewesen waren. Die umfangreiche Beweisaufnahme entrollte ein trübes Bild von dem gemeingefährlichen Treiben der Angeklagten, welche trotz ihres hartnäckigen Leugnens vom Gerichtshofe im vollsten Umfange für überführt erachtet wurden. Die Strafen mußten hoch ausfallen, es wurden verurtheilt: Die Angeklagten Baltuttis und Topp zu je acht Jahren Zuchthaus, Marie Erhardt zu sechs Jahren, Schneider Perkuhn zu vier, Stern und Pommer zu je 2½ und die Ehefrau Perkuhn zu anderthalb Jahren Zuchthaus. Die Angeklagten Schulze und Arend wurden zu einem Jahre drei Monaten, beziehungsweise zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Angeklagte Pommer, der sich bisher gegen eine Kaution von 5000 M. auf freiem Fuße befunden hatte, erbot sich, die Summe zu verdoppeln, wenn man von seiner sofortigen Inhaftnahme Abstand nehmen wolle; der Gerichtshof lehnte dies Anerbieten aber ab und verfügte die Verhaftung auch dieses Verurtheilten.

Ein Opfer des Börsenspiels stand gestern in der Person des 27jährigen Kaufmanns Alexander Weise vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war bei der Bank für Handel und Industrie mit einem zwar kleinen aber auskömmlichen Gehalt angestellt. Die Sucht, möglichst schnell reich zu werden, bewog ihn, auf eigene Hand Börsenspekulationen zu unternehmen. Der Versuch fiel zu seinen Ungunsten aus, anstatt einen Gewinn einzustreichen, hatte Weise mehrere Tausend Mark Differenzen zu zahlen. Der Mittellose wurde zum Diebe, er entwendete seinem Chef zwei griechische Werthpapiere, versilberte dieselben und beglich dann seine Börsenschuld. Die That wurde bald entdeckt, vielleicht zum Glück für den Angeklagten, der dadurch verhindert wurde, weitere Schritte auf der Bahn des Verbrechens zu thun. Der Staatsanwalt beantragte bei der Frivolität, die der Angeklagte an den Tag gelegt, eine Gefängnißstrafe von einem Jahre und zwei Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof berücksichtigte die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten, sowie den Umstand, daß der Schaden von dessen Verwandten gedeckt worden ist und beließ es bei einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten.

Höchst bedenkliche Schiebungen traten in einer Verhandlung zu Tage, welche gestern vor der III. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank befanden sich der Stellmacher Bernhard Schröder, der frühere Kaufmann, jetzige Rechtskonsulent Oskar Werth und der Zigarrenmacher Eduard Schulze. Die Angeklagten bewohnten gemeinschaftlich ein Haus in der Triftstraße. Schröder war in Vermögensverfall gerathen und wurde arg von den Gerichtsdienern bedrängt. Mit Hilfe des zweiten Angeklagten wurden eine Menge Schriftstücke angefertigt und sonstige Manipulationen gemacht, um den Gläubigern ein Schnippchen zu schlagen. Zunächst trat Schröder seine Stellmacherei an seine Ehefrau ab. Dann wurde ein Kaufvertrag gemacht, wonach der dritte Angeklagte das Geschäft von der Frau Schröder für 600 M. erstanden hatte. Das Geld soll der Ehemann Schröder vorher dem Angeklagten Schulze, der völlig mittellos war und mit Frau und acht Kindern eine Stube und Küche bewohnte, ausgehändigt haben, damit dieser die Kaufsumme bei dem Scheinkaufe auch vor Zeugen aufzählen konnte. In ähnlicher Weise sollen die Angeklagten

es mit einem Fuhrwerke gemacht haben, welches der Ehefrau Schröder abgepfändet worden war. Schulze hatte früher ein Pferd nebst Wagen — wie die Anklage behauptet ebenfalls zum Schein — von der Frau Schröder gekauft und das Fuhrwerk ihr dann wieder laut Miethsvertrag zur Benutzung überlassen. Als das Pferd gepfändet wurde, gaben die Angeklagten Schröder und Werth eine eidesstattliche Versicherung dahin ab, daß dasselbe identisch sei mit demjenigen, welches dem Angeklagten Schulze gehörte und bewirkten dadurch, daß das Pferd wieder freigegeben werden mußte. Diese eidesstattliche Versicherung soll falsch sein und die Angeklagten sollen gewußt haben, daß jenes Pferd bereits vor der Pfändung gegen ein anderes umgetauscht war. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten auf Grund der Beweisaufnahme für überführt, er beantragte gegen Schröder und Werth je ein Jahr, gegen Schulze neun Monate Gefängniß. Da Werth bereits acht Monate in Untersuchungshaft gesessen, so stellte er anheim, bei diesem Angeklagten sechs Monate abzurechnen. Das Urtheil lautete gegen Schröder auf neun, gegen Werth auf sechs und gegen Schulze auf vier Monate Gefängniß. Die Strafe des Angeklagten Werth wurde als verbüßt angesehen.

Soziale Uebersicht.

Ueber die Verhältnisse der Patentschloß-Fabrik von Herrn Hugo Steinke, Admiralstr. 18d, gehen uns Klagen zu. Die Akkordverhältnisse sollen bei der genannten Firma so gestellt sein, daß ein tüchtiger Schlosser bei 16stündiger Arbeitszeit nur 2 M. verdient, ein schwächerer dagegen in 1¾ Tag 1 M. verdient hat. Als die Arbeiter nun nach fertig gestellter Arbeit sich durch den Meister an den Ingenieur um Verbesserung der Preise wendeten, wurde ihnen die Antwort zu Theil, daß es nicht mehr gebe.

Thalheim im Erzgebirge. Seit vergangenen Montag, den 2. Februar, befanden sich im hiesigen Ort die Wirker, Wirkerinnen und Näherinnen im Streik. Trotz aller Bemühungen der Arbeiter, infolge der angekündigten Lohnreduktion eine Verständigung mit den Unternehmern zu erzielen, wenigstens insofern, als daß angesichts der schlechten Geschäftsperiode die Arbeitszeit verkürzt würde, ohne daß eine Lohnreduktion eintreten solle, sind dieselben infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer erfolglos geblieben. In der Erwägung, daß es Fabrikanten giebt, welche eine Lohnreduktion nicht habe eintreten lassen und ferner, daß bei den erhöhten Lebensmittelpreisen und dem hierorts hohen Miethszins eine Lohnreduktion von 15—20 pCt. einen Lohnausfall von 5 bis 7 M. in 14 Tagen ausmacht und daß wir dann als Menschen nicht mehr zu leben im Stande sind, sahen wir Arbeiter (410, darunter 180 Familienvätern mit 270 Kindern und unverheirathete 230) gezwungen, die Arbeit in 11 Betrieben einzustellen.

In einer am Donnerstag, den 5. Februar, abgehaltenen öffentlichen Arbeiterversammlung, zu welcher auch die Fabrikanten geladen, aber nicht erschienen waren, wurden von den Streikenden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: Die heute im Gasthof zum Zwönitzthal tagende öffentliche Arbeiterversammlung beiderlei Geschlechts beschließt an der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit ohne jede Lohnreduktion festzuhalten und, da die Unternehmer jede Verständigung zurückweisen, den Streik unter allen Umständen fortzuführen.

Wir appelliren an das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter und bitten uns in unserem gerechten Kampfe nach Kräften zu unterstützen. Vor allem bitten wir Zuzug streng fernzuhalten.

Briefe und Anfragen sind zu richten an Ernst Scherzer, Thalheim in Erzgeb Nr. 112. — Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck gebeten.

Versammlungen.

Weißensee.

Am Montag, den 9. Februar hielt der Arbeiter-Bildungs-Verein zu Weißensee eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der Reichstagsabgeordnete Liebknecht einen Vortrag über „Die Sozialdemokratie und der Reichstag" hielt. Der Redner sprach etwa folgendes:

Genossen! Häufig schon haben unsere Gegner behauptet, die heutige Arbeiterbewegung entbehre jeder tieferen Grundlage und sei nicht durch die Mißstände in der Gesellschaft, sondern durch eine Handvoll von Verbrechern und Verschwörern künstlich hervorgerufen worden. Das Widersinnige dieser Behauptung springt aber schon bei einer oberflächlichen Betrachtung sofort ins Auge. Denn niemals würde es eine Bande von Verschwörern dahin gebracht haben, ihre Lehren über die ganze gebildete Welt zu verbreiten. Und doch finden wir thatsächlich überall dieselbe Bewegung, dasselbe Ringen nach Gleichberechtigung aller Menschen; wohin wir blicken mögen, überall tritt uns der Kampf des Kapitals mit der Arbeit, des Herrn mit dem Knechte entgegen. Und in allen Zeiten finden wir den Gegensatz zwischen Herren und Knechten in mehr oder weniger veränderter Form wieder. Im grauen Alterthum, zu den Zeiten der Griechen und Römer, setzte der Herr den Fuß auf den Nacken des Sklaven, im Mittelalter spannte der Gutsherr den leibeigenen Bauer vor den Pflug, und heute treibt das Kapital den Lohnsklaven in die Fabriken. Zwar ist der Mensch heute auf dem Papier frei, frei nach Recht und nach Gesetz gleichberechtigt. In Wirklichkeit aber ist die Sklaverei ärger und unerträglicher denn je. Die heutige Sklaverei besteht auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, und soll sie abgeschafft werden, so kann das nur dann geschehen, wenn die heutige Gesellschaft von Grund aus umgestaltet wird. Und in dieser Erkenntniß wurzelt die Sache der Sozialdemokratie.

Wir wissen, daß in der Urzeit ein Eigenthum in unserem Sinne nicht bestanden hat. Das Land, der Grund und Boden, gehörte wie die Luft einem Jeden, und wer leben wollte, der mußte auch arbeiten. Eine Ausbeutung der Arbeit bestand damals nicht und konnte auch nicht bestehen, weil die Arbeit Allen gemeinsam, jeder Mensch Arbeiter war und sich die nothwendigen Arbeitswerkzeuge selber verfertigte. Als dann aber mit der Zeit die Arbeitswerkzeuge immer künstlicher wurden und für den Einzelnen infolge der schwierigen Herstellung bald kaum noch zu erlangen waren, da gewannen Einzelne vermöge ihrer besseren Werkzeuge ein Uebergewicht über ihre Mitmenschen, ein Uebergewicht, welches sich in einem nach Jahrtausenden zählenden Entwickelungsprozeß zu seiner jetzigen Form herausgebildet hat und nunmehr so weit gekommen ist, daß kein Mensch mehr im Stande ist, sich Arbeitswerkzeuge zu verschaffen oder was dasselbe ist, Kapital für sich selber zu erarbeiten, sondern nur noch für andere, fremde Menschen, die der Zufall in den Besitz der Arbeitswerkzeuge gesetzt hat. Wir können diesen Entwickelungszwang so recht genau an der Geschichte des Mittelalters verfolgen. Im Mittelalter organisirte man zuerst die Arbeit und schuf Zünfte und Innungen; man suchte einem jeden Arbeit zu verschaffen und die Produktion sowohl für die Produzenten wie für die Konsumenten gleich günstig zu gestalten. Durch das infolge der zunehmenden Wohlhabenheit der Meister immer steigende Uebergewicht derselben, die die Gesellen herabzudrücken und zu Bürgern zweiter Klasse zu machen strebten, entstand nun allmälig ein schroffer Gegensatz zwischen Meister und Geselle — Kapital und Arbeit — und im 14. Jahrhundert tobte zwischen beiden ein wilder Kampf. — Da kam die Entdeckung Amerikas, und mit einem Schlage erlitt der ganze Handel eine vollständige Umgestaltung. Jenem ungeheuren Reich der Spanier, in dem die Sonne nicht unterging, fielen zuerst die Früchte der neu erschlossenen Länder in den Schooß. Schiffe, bis an den Rand mit Gold und Edelmetall gefüllt, schwammen von Amerika nach Spaniens Häfen, so daß es von Gold fast erstickt wurde. Aber Spanien erging es wie jenem König Midas, dessen Berührung alles in Gold verwandelte: es mußte bei all' seinem Reichthum verhungern, weil es den Werth der Arbeit nicht kannte. Anders England und Holland! Die Bewohner dieser beiden Länder kannten den Werth eines Gegenstandes, in welchen menschliche Arbeit hineingearbeitet ist, ganz genau; sie besiedelten die neu entdeckten Länder und schufen dauernden Reichthum durch Arbeit. Jetzt wurde der Handel den großen Städten Deutschlands entrissen und nach den Hafenplätzen der Engländer und Holländer verlegt, und das Mittelmeer, bisher der Träger des Welthandels, sank zu einem bedeutungslosen Binnensee herab. Hinzu kam noch, daß besonders den Engländern durch die Reformation die Reichseinheit gegeben wurde, Deutschland hingegen die Zerrissenheit, an deren unheilvollen Folgen es heute noch krankt.

Wie die Entdeckung von Amerika den Handel vollständig in andere Bahnen lenkte, so rief die Erfindung der Dampfmaschinen eine vollständige Umwandelung des Gewerbebetriebes hervor: Die Kleinindustrie wurde verdrängt, und an ihre Stelle trat die Großindustrie. Den Hauptentwickelungsprozeß hat die Großindustrie seit den fünfziger Jahren durchgemacht, und die stetig fortschreitende Entwickelung hat besonders in der letzten Zeit großartige Dimensionen angenommen. Die Kleinproduktion liegt im Sterben; der Kapitalismus hat ihr den Todesstoß versetzt, und das Kind des obsiegenden Kapitalismus ist das Proletariat. In dem Gehilfen der früheren Kleinproduzenten konnte man wenigstens noch die schwache Hoffnung erwecken, es sei möglich, es durch Fleiß und Sparsamkeit ebenfalls zu einem kleinen Betriebe zu bringen. Würde aber heute Jemand einem in einem großen Etablissement beschäftigten Arbeiter sagen, er sei im Stande, sich durch seiner Hände Arbeit ein eben solches Etablissement zu erwerben, so wäre das Thorheit. Hierauf gründet sich der schroffe Klassengegensatz, und aus dem Klassengegensatz ist die sozialistische Bewegung hervorgegangen.

Fragt man uns nun: Was will die Sozialdemokratie? so können wir antworten: Die Sozialdemokratie will genau das Gegentheil von all dem, was man ihr in die Schuhe schiebt! — Man sagt, die Sozialdemokratie beabsichtige, eine Theilung des Eigenthums herbeizuführen. Nur ein Thor kann das behaupten! Denn wenn die Sozialdemokratie thatsächlich eine Theilung anstrebte, so würden sie das Proletariat nicht aufheben, sondern verallgemeinern. Nicht in dem Besitz, sondern in der Arbeit liegt der ganze Werth. — Wenn wir aber einmal zusehen, wer denn in Wirklichkeit theilt, so ist es der Kapitalist, der Arbeitgeber, der den durch den Arbeiter erarbeiteten Werth theilt und zwar so, daß der eigentliche Erzeuger der Werthe am Hungertuche nagen muß. Man sagt ferner, wir wollten die Familie aufheben. Nein! nicht wir, sondern die heutige Gesellschaft hebt die Familie auf. Die Gesellschaft ist es, welche den Mann zwingt, sich morgens in aller Frühe von seinem Weibe, seinem schlummernden Kinde loszureißen, und wenn der Vater dann abends todtmüde von der Arbeit nach Hause kommt, dann schläft sein Kind; er muß darauf verzichten, es in seine Arme zu nehmen, es zu küssen, ans Herz zu drücken und wahre Vaterfreude zu empfinden. Jeden Vorwurf, den man uns zu machen versucht, können wir zurückgeben und sagen: „Was Ihr uns vorwerft, das ist einzig und allein Euere Sünde." Wir wollen die Menschen frei machen, frei von dem Gold, ohne welches heute nichts mehr erlangt werden kann. Wie manche Talente, die sich unter einer kundigen Leitung herrlich entfalten würden, müssen zur Arbeit, in die Tretmühle gehen, weil sie nicht die Geldmittel zur Ausbildung besitzen. Deshalb ist unser Ziel: Wir wollen den Klassenunterschied beseitigen, indem wir die Klasse der Besitzenden und Nichtbesitzenden aufheben, für jeden gleiche Bedingungen einführen und jedem eine menschenwürdige Existenz schaffen! Wir wollen die Klassenherrschaft beseitigen, durch welche die oberen Zehntausend das arbeitende Volk in ihrer Gewalt haben! Denn kein Mensch hat das Recht, andere für sich arbeiten zu lassen und Werkzeuge zu besitzen, durch welche er sich zum Herrn und seine Mitmenschen zu Sklaven macht; wer aber die Arbeitswerkzeuge besitzt, ist auch Besitzer des Arbeitens!

Der Kapitalist sagt, er sei der Wohlthäter der Arbeiter, die ohne ihn hungern müssen; und die Sache ist gerade umgekehrt. Der Kapitalist müßte Hunger leiden, wenn er den Arbeiter nicht hätte. Von selbst vermehrt sich das Geld nicht: es wächst nur durch ein Mittel, und das ist der Schweiß des Arbeiters, mit welchem es befeuchtet werden muß. Dann heckt es und bringt Junge. Hier setzt nun die Sozialdemokratie ein. Sie fordert mit aller Macht die sozialistische Produktionsweise, Abschaffung der Lohnarbeit und Enteignung der Besitzer der Arbeitswerkzeuge, so daß ein jeder den vollen Ertrag seiner Arbeit selbst genießen kann. Das erstrebt die Sozialdemokratie.

Die Geschichte unserer Partei ist noch eine sehr kurze. Aber seit den 60 er Jahren sind wir die am stärksten entwickelte Sozialdemokratie der Welt geworden, und seit dem 20. Februar des Jahres 1890 sind wir auch die stärkste Partei des Deutschen Reiches und stehen mächtig und gefürchtet da. Durch die größere Anzahl von Mitgliedern ist der sozialdemokratischen Fraktion aber auch eine ungleich schwierigere Aufgabe zugefallen. Denn einerseits muß sie energisch für das Wohl des Volkes eintreten und andererseits gleichzeitig der Verwirklichung unserer Ideale zustreben. Die Taktik der Fraktion ist während ihrer langjährigen Parlamentsthätigkeit stets dieselbe geblieben: niemals hat sie Unerreichbares angestrebt, Erreichbares dagegen stets mit allen ihr zu Gebote stehenden Mittel durchzusetzen gesucht. Sie hat die Aufhebung der Getreidezölle und des Vieheinfuhr-Verbotes verlangt, welche den Arbeiter geschädigt, den Großgrundbesitzer aber fett gemacht haben, ist jedoch dem Kartell der vereinigten Krautjunker und Kohlenlords unterlegen.

Augenblicklich tobt wieder der Kampf der Parteien, um das Arbeiterschutz-Gesetz, welches die sozialdemokratische Partei bereits vor dem Jahre 1878 angestrebt hat. In dem Gesetzentwurf, der den Stempel der Kapitalsmacht an sich trägt, sind dem Arbeiter winzig kleine Zugeständnisse gemacht; aber diese sind erkauft durch die weitgehendsten Zugeständnisse an die Kapitalisten. Unsere Fraktion hat stets gesagt: Der beste, wirksamste Arbeiterschutz ist die Gewährung des vollen, freien Koalitionsrechtes, und ohne Zweifel werden sich die Kämpfe der kommenden Jahrzehnte auf diesem Gebiete hauptsächlich um das Koalitionsrecht drehen, wie dieses 80 Jahre hindurch in England der Fall war.

Die sozialdemokratische Fraktion vertritt in der Militärfrage unentwegt den Standpunkt, daß der ständig wachsende Militarismus den Staat auf die Dauer in einer geradezu unerträglichen Weise belasten wird. Wir müssen mit aller Macht dahin streben, daß eine allgemeine Abrüstung zu Stande kommt; denn wie Deutschland, so seufzen auch die anderen Länder unter dem Druck des Militarismus. Wir rufen es den anderen Parteien stets zu: Was habt Ihr durch Eure Armeen erreicht? Ist das deutsche Volk durch dieselben etwa gebildeter, oder gar reicher geworden? Und darauf vermag uns Niemand zu antworten.

So vertritt die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion voll und ganz das Interesse des Volkes, und es ist deshalb an dem Volk, durch die Abgabe seiner Stimmen für sozialdemokratische Kandidaten die Fraktion und die Partei zu stärken. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem verschiedene Redner im Sinne des Referenten gesprochen hatten, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten in allen Punkten voll und ganz einverstanden und erklärt es für die Pflicht eines jeden Genossen, so viel in seinen Kräften steht, für die Verbreitung der Idee des Sozialismus zu wirken und dem Arbeiter-Bildungsverein als Mitglied beizutreten.

Unter „Verschiedenem" wurden noch einige Angelegenheiten besprochen und darauf die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

Die Filiale 3 (Ost) der Maler, Lackirer, Anstreicher ꝛc. hielt am 3. d. M. ihre Mitgliederversammlung ab. Kollege J. Hohlwegler hielt einen Vortrag über den Ursprung der Familie, des Staates und des Eigenthums. Hierauf macht der Bevollmächtigte den Beschluß der kombinirten Vorstandssitzung bekannt, daß, wenn sein Mitglied der Berliner Filialen stirbt, demselben ein Kranz, gemeinsam von sämmtlichen Filialen, verehrt wird. Ferner wurde noch bekannt gemacht, daß die Stiftungsfeste der Filialen Berlins von jetzt ab nicht mehr gefeiert werden, sondern es wird nur ein gemeinsames Vergnügen gefeiert und zwar jedes Jahr im Monate Juli.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Zinkgießer und Stürzer Berlins und Umgegend hielt seine Mitgliederversammlung am Dienstag, den 3. Februar, ab. Die Arbeits-Niederlegung bei Eckstein kam zur Sprache, jedoch hat die Sache für unsere Vereinigung weiter kein Interesse. Es wurde aber beschlossen, die am 4. Februar tagende Metallarbeiter-Versammlung zu besuchen, wo der Kollege Walter der Allgemeinheit Rechenschaft über sein Weiterarbeiten daselbst geben wird. Als Vergnügungs-Komiteemitglied wurde der Kollege Jost als Ersatzmann gewählt. Nach Regelung einzelner Unterstützungs-Angelegenheiten aus Anlaß der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit wurde die Vorstandssitzung zu Sonntag, den 8. Februar, anberaumt.

Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher und verwandter Berufsgenossen. Filiale Berlin 5 Nord. Oeffentliche Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8½ Uhr, bei Gnadt, Brunnenstraße 38. Tagesordnung: 1. Vortrag über Alters- und Invalidenversorgung. 2. Stellungnahme in Betreff Abhaltung von Lese-Abenden. 3. Filialangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt ab jeden Mittwoch im Monat in obengenanntem Lokale statt. Gäste stets willkommen.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Versammlung am Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8½ Uhr, Beuthstraße 12, 1 Tr. Tagesordnung: 1. Prüfung der Fachschulen. 2. Wahl eines Vergnügungskomitees. Die jüngeren Kollegen, welche gewillt sind, am nächsten Kursus theilzunehmen, werden ersucht, sich in dieser Versammlung zu melden.

Theater-Verein „Blumenlese" (Vors. G. Kleist). Sitzung 9 Uhr Abends im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45. Gäste willkommen. — Sonntag, den 15. Februar, Abends 6 Uhr, Damenabend im Dresdener Garten. Damen und Herren herzlich willkommen.

Freie Vereinigung der Gärtner und verwandter Berufsgenossen. Mittwoch, den 11. Februar cr., Abends 9 Uhr, Versammlung in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 76. Vortrag des Herrn Peus über „Ernährung der Pflanzen".

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w. Oertliche Verwaltungsstelle Berlin B. Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8½ Uhr, im Saale Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1890. 2. Vortrag des Herrn Dr. Grosser über: Epidemische Krankheiten. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Große öffentliche Versammlung aller Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen am Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8½ Uhr, in Joel's Salon, Andreasstr. 21. Tagesordnung: Welche Wege haben die Handlungsgehilfen zur Verbesserung ihrer Lage einzuschlagen?

Gesangverein „Liederlust". Maskenball am 21. Februar, Abends 9 Uhr, in Krösche's Gesellschaftshaus (früher Mömes), Fichtestr. 29. Achtung, da ein Verein „Liederlust" am 14. Februar (8 Tage zuvor) in demselben Lokale Maskenball abhält, der den Arbeiter-Sängerbund nicht angehört. Durch die Gründung des Arbeiter-Sängerbundes theilte sich obiger Verein in zwei Vereine. Billets à 50 Pf. sind zu haben bei Märtens, Oranienstraße 3, v. 3 Tr.; Brendel, Reichenbergerstraße 153, vorn 4 Tr.; Friedrich Kortum, Manteuffelstraße 70, vorn 4 Tr.

Achtung! In Bezug auf die Annonce am Sonntag, den 8. Februar: Der Gesangverein „Liederlust" (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes), hält seinen Wiener Maskenball am 21. Februar, Abends 9 Uhr, in Krösche's Gesellschaftshaus (früher Mömes), Fichtestraße 29, ab, bitte ich Freunde und Genossen darauf zu achten, daß ein Verein „Liederlust" am 14. Februar in demselben Lokale Maskenball abhält, der dem Arbeiter-Sängerbund nicht angehört. Durch die Gründung des Arbeiter-Sängerbundes theilte sich obiger Verein in zwei Vereine. Billets zu 50 Pf. sind zu haben bei Robert Märtens, Oranienstraße 3, v. 3 Tr.; Robert Brendel, Reichenbergerstr. 153, v. 4 Tr.; Fritz Kortum, Manteuffelstr. 70, v. 4 Tr.

Sozialdemokratische Lese- und Diskussionsclubs am Mittwoch. „Vorwärts", Abends 8½ Uhr, Sitzung im Lokale des Herrn Kühn, Naunynstr. 83. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — „Nord", Abends 8½ Uhr, bei Raabe, Ruppinerstr. 44. — „Gleichheit", Abends 8½ Uhr, bei Hilgenfeld, Bergstraße 60. Gäste willkommen. — „Emanzipation", Abends 8½ Uhr bei Wagner, Neue Königstr. 69. Gäste willkommen. — „Kultur", Abends 8½ Uhr bei Steuer, Weinstr. 22. — „Gleichheit", 8½ Uhr bei Schönemann, Stallschreiberstr. 7. Gäste willkommen. — „Freie Denker", 9 Uhr bei Haugk, Dorotheenstraße 12. Gäste willkommen.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlins und Umgegend. Mittwoch, Abends, 9 Uhr, Uebungsstunde (Aufn. von Mitgl.). — Gesangverein „Freya", (Gem. Chor) bei Zenker, Münzstraße 11. — Männer-Gesangverein „Hilaritas", Hochstr. 32a bei Wilke. — „Flötzerscher Gesangverein", Landsbergerstr. 81 bei Mufold. — Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts", Schönhauser Allee 29 bei Nürnberg. — Gesangverein „Gleichheit", Blumenstr. 39 bei Henke. — Gesangverein „der Steinmetzen", Johannisstr. 21 bei Müller. — Gesangverein „Deutsche Eiche", Blumenstr. 46 bei Wenk. — Arbeiter-Gesangverein „Echo", Pankow bei Borchardt, Schulzestr. 27. — Gesangverein „Lerche", Abends 9 Uhr bei Zimmermann, Brunnenstr. 119. — Arbeitergesangverein „Freiheit", Uebungsstunde von 9 bis 11 Uhr im Restaurant Hämmerle, Bülowstr. 59, part. — Männergesangverein „Morgenroth", Mirangelstr. 147 bei W. Schmidt. — Verein „Steinsetzer-Sängerchor", Schwedterstr. 17 bei Wolter.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Gesangverein „Frisch auf", Abends 8½—10½ Uhr bei Haller, Naunynstr. 70. — Gesangverein „Paukenbeutel", Abends 9 Uhr bei Poppe, Lindenstr. 108. — Gesangverein „Hoffnung", Moabit, Abends 10 Uhr bei Jäger, Wilsnackerstr. 43. — Männergesangverein „Sangestreue", Abends 10—11 Uhr bei Luther, Brüderstr. 26. — Gesangverein „Alpenrose", (Gem. Chor) 8—10 Uhr, Alexanderstr. 27, Ecke Kaiserstraße, 1 Tr. — Zitherklub „Alpenveilchen", Abends 8½ Uhr Kaiserstraße 26b, Ecke Alexanderstraße. Gäste willkommen. — Tambourverein „Echo" (Vergnügungs-Verein), Abends 9 Uhr bei Hüttrich, Gollnowstr. 9.

Lübeck'scher Turnverein: I. Lehrlingsabtheilung, Abends von 8 bis 10 Uhr im Turnsaale des „Königstädt. Gymnas.", Elisabethstr. 57—58. — Berliner Turngenossenschaft. 9. Männer-Abth., Abends von 8½ bis 11 Uhr. Turnlokal: Mühlenstr. 49—50.

Pollack-Klub „Lustige Brüder", Abends 8½—10½ Uhr im Restaurant Biewald, Dresdenerstr. 38. — Geselliger Klub „Proletariat" bei Lorenz, Koppenstr. 43a. — Geselliger Klub „Hoffnung" bei Feige, Markusstr. 31. — Vergnügungsverein „Bonum", Abends 8½ Uhr bei Schröder, Steglitzerstraße 18. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen. — Verein der „Soldiner", Abends 8½ Uhr bei Wurke, Friedrichsbergerstraße 24. — Verein „Kreuzfidel", Sitzung mit Damen bei Tabertein, Markannenstraße 31. — Verein „ehem. Schüler der 44. Gemeindeschule", Abends 9 Uhr im Albrechtsgarten, Wilhelmstr. 105. — Rauchklub „Nordstern" in Friedrichsberg. — Rauchklub „Vulkan", Abends 9 Uhr bei Ahmer, Gräfestr. 62. — Orientalischer Rauchklub, Abends 9 Uhr, bei Hartmann, Manteuffelstraße 71. Gäste willkommen. — Rauchklub „Frisch gewagt", Abends von 9—11 Uhr, Posenerstr. 5 bei Rockendorf.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Auf das Eingesandt des Herrn Jastrau vom 6. d. M. erwidern Unterzeichnete als Zeugen, so ungern sie den Raum des „Vorwärts" in dieser Angelegenheit in Anspruch nehmen, folgendes: Das Eingesandt des Genossen Stachow in Sachen Jastrau vom 4. d. M. ist dem Sinne nach vollständig richtig. Betreffs der Unterschrift Jastrau's beruhte die Annahme Stachow's auf einem Irrthum. Zur Sache selbst gab Jastrau seine Zustimmung. Wir ersuchen die Genossen, über diese Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen.

Friedrichshagen, den 8. Februar 1891.

Carl Leid. H. Sonnenburg. E. Martens.

* * *

Als Antwort auf den Bericht vom 8. d. M. aus der Kommunalwähler-Versammlung erkläre ich hiermit, daß ich alles, was ich gegen Gründel ausgesagt habe, aufrecht erhalte und die ganze Angelegenheit den Vertrauensmännern eventuell dem Parteivorstand unterbreiten werde. Ferner erkläre ich die Ausführungen des Posamentiers Fritz Hoffmann (ich sei aus dem Fachverein ausgestoßen) für eine Unwahrheit; ich werde denselben wegen öffentlicher Beleidigung gerichtlich belangen. Carl Nöhden, Stalitzerstr. 20.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Auskunft wird nicht ertheilt.

G. S. 105. Nur wegen Raummangels zurückgestellt. Erscheint in den nächsten Tagen.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.